Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

136 (14.6.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstr. 9; B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 136 — Karlsruhe, Dienstag, den 14. Juni 1932 — 52. Jahrgang

Hitlers Notverordnungen

Schlag auf Schlag gegen die Arbeiter, Arbeitslosen und proletarischen Rentenempfänger - Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung - Die Wohlfahrtsfürsorge als Grundlage der Hilfe für die Opfer der kapitalistischen Anarchie - Kürzung der kärglichen Renten für Kriegsopfer - Erhöhung der Beschäftigtensteuer - 6 Pfennig Salzsteuer pro Pfund - Verschärfung der Umsatzsteuer - Knebelung der Rechte der Gemeindevertretungen - Finanzielle Strafmaßnahmen gegen die Gemeinden

So läßt Hitler die Barone „regieren"

Das Conti-Nachrichtenbüro meldet im amtlichen Auftrag:

Wie wir erfahren, werden die **Notverordnungen** am Dienstag abend der Oeffentlichkeit übergeben werden. Die wichtigste ist naturgemäß die über die finanziellen Maßnahmen. Ihre Bedeutung liegt diesmal darin, daß sie die Basis für die Stabilisierung des neuen Reichshaushaltes liefert und darüber hinaus in der Tatsache, daß die Abwendung einer bedrohlichen Kassenlage nur auf der Grundlage des Etatausgleiches möglich ist.

Die Schwierigkeiten der Finanzlage haben ihre Hauptursache in einem **Sozialetat**, bei dem die Ausgaben infolge des ungeheuren Anwachsens der Arbeitslosigkeit immer stärker angeschwollen sind und zwar im Jahre 1931 auf die bereits häufig genannte Summe **von drei Milliarden.** Bei gleichbleibender Regelung würden im Etatjahre 1932 über 3,5 Milliarden notwendig sein. Die Reichsregierung will diese Ausgaben innerhalb der Grenze des Jahres 1931 halten,

also rund eine halbe Milliarde einsparen.

Dazu sind eine Reihe Maßnahmen erforderlich, die im wesentlichen auf eine **Anpassung der Sätze der Arbeitslosenversicherung** und der **Krisenfürsorge** auf den **Durchschnitt der Wohlfahrtsunterstützung** hinauslaufen. Von Interesse ist dabei noch, daß bei der **Arbeitslosenunterstützung nach sechs Wochen die Bedürftigkeitsprüfung eintritt.**

Die **Deckung** des Sozialetats wird folgendermaßen geregelt: Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung belaufen sich auf 1083 Millionen. Der Reichszuschuß ist mit 860 Millionen (wie 1931) angesetzt, der Anteil der **Gemeinden** mußte von 870 auf 680 Millionen herabgesetzt werden. Zusammen ergeben diese drei Beträge rund 2,6 Milliarden, so daß also immer noch rund 400 Millionen fehlen. Sie sollen durch eine Abgabe für die Arbeitslosenhilfe **(Beschäftigtensteuer)** aufgebracht werden. Diese Abgabe wird aus Gründen der technischen Vereinfachung mit der **Krisenlohnsteuer** zusammengelegt. Diese kombinierte neue Steuer wird so gestaffelt, daß die Sätze der Krisenlohnsteuer sich jeweils um **1,5 Prozent erhöhen.** Bei einem Arbeitslohn bis zu jährlich 1500 Mark sind 1,5 Prozent im Monat zu zahlen, von 1500 bis 3600 Mark 2,5 Prozent, über 3600 Mark 3¼ Prozent. Weiter werden die Sätze entsprechend denen der Krisenlohnsteuer so gestaffelt, daß jeweils eine Erhöhung um 1,5 Prozent eintritt und zwar bis zu einer obersten Stufe von 6,5 Prozent. **Für die Beamten beträgt die neue Belastung einheitlich 1,5 Prozent.**

Zu den Einzelmaßnahmen, die zur Herabsetzung der Ausgaben des Sozialetats notwendig sind, gehört auch noch eine

20prozentige Kürzung der Renten für Ledige und kinderlose Leichtbeschädigte

und die Begrenzung der Kinderzuschläge und Waisenrenten auf das 15. Lebensjahr, wenn nicht seine Gebrechlichkeit oder Berufsbildung die Weiterzahlung herbeiführen. Diese beiden Maßnahmen bringen 10 und 20, zusammen also **30 Millionen** Ersparnis. Ebenso ist eine

Kürzung der Unfallrenten.

erforderlich geworden.

Die weiteren Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts beziehen sich auf folgendes: Bei der **Umsatzsteuer** fällt in Zukunft die Freigrenze von 5000 ℳ weg. Die Umsatzsteuer hat im Jahre 1931 995 Millionen gebracht und wurde im Etat 1932 mit 1820 Millionen eingestellt.

Außerdem enthält die Notverordnung die

Wiedereinführung der Salzsteuer,

die vor dem Kriege bereits bestand. Die Wiedereinführung erfolgte in der alten Höhe von

6 Pfennig pro Pfund.

Die Salzsteuer wird 60—70 Millionen bringen, das macht also eine Belastung von rund einer Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung.

Auf der anderen Seite erwartet das Reich von den **Gemeinden** eine möglichst sparsame und ordnungsmäßige Rechnungsführung.

Deshalb werden künftig nur solche Gemeinden bedacht, die eine Kassen-, Haushalts- und Rechnungsordnung eingeführt haben.

Die neue Notverordnung geht sogar soweit, zu bestimmen, daß künftig die Fertigstellung eines ausgeglichenen Haushalts nicht durch Gemeindevertretungen erschwert oder unmöglich gemacht werden kann, denen die Deckung fehlt. Erhebt also die Gemeindevertretung Haushaltsansätze ohne Deckung, so kann die Gemeindeverwaltung Einspruch erheben, der unbedingt Geltung hat.

Aehnliche Sparvollmachten werden für die Behandlung von Stellenfragen und für den Fall gegeben, daß eine Gemeindevertretung aus irgendwelchen sonstigen Gründen keinen ausgeglichenen Haushalt zustande bringt. Es ist übrigens auch Vorsorge getroffen, daß die Maßnahmen zugunsten der Gemeinden von den Ländern nicht beim Finanzausgleich wieder gefährdet werden.

Der Gesamthaushalt des Reiches ist in dieser Notverordnung nicht enthalten. Er geht vielmehr dem Reichsrat so schnell wie möglich zur Beratung zu. Er balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 8,2 Milliarden.

Schutz den Reichen – Lasten für die Armen

Was die von den Nazis tolerierten „Papenheimer" tun

Das Kabinett der Barone wird von den Kräften, auf die es sich stützt, weietr vorwärts getrieben. An die Stelle der reaktionären Reden beginnen nun Taten zu treten. Aber was für Taten!

Die Aufhebung des SA.-Verbots ist beschlossene Sache trotz der außerordentlich schweren Bedenken, die namentlich die **süddeutschen** Ministerpräsidenten dem Reichspräsidenten vorgetragen haben. Warum die SA. wieder legalisiert werden soll, geht aus einer halboffiziösen Darlegung hervor. Dort heißt es, daß die Aufhebung des SA.-Verbots nicht unter dem Gesichtswinkel Reich und Länder zu sehen sei, sondern unter dem der parlamentarisch-parteipolitischen Lagerung. Mit anderen Worten: Das Kabinett der Barone hat nichts hinter sich als die Sympathie der NSDAP., und um sich diese Sympathie zu erhalten, muß es der Bürgerkriegsorganisation der Hitlerpartei freie Bahn schaffen. Der ehemalige Reichswehrminister **Gröner** hat eben erst noch einmal in einer Mitteilung an die Presse festgestellt, daß der **Grund** des **Verbots** der SA. die **Gefahr für die Staatsautorität** gewesen sei. Eine Regierung, die die Frage der Staatsautorität unter dem Gesichtswinkel der parlamentarisch-parteipolitischen Lagerung entscheidet, kann nur als eine ausgesprochene Parteiregierung gewertet werden. Die Freunde des Kabinetts der Barone legen sich im übrigen weiter darauf fest, so meldet die Deutsche Zeitung, daß der Staat, will sagen das Kabinett der Barone, sich auf die hitlersche SA. stützen werde und nicht etwa auf verfassungstreue Organisationen. „Regierung der nationalen Konzentration", so hieß es vorher. In den Taten entpuppt sich eine ausgesprochene **Parteiregierung von Hitlers Gnaden!**

Die Offiziösen dieser Regierung haben mitgeteilt, daß in den Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder eine weitgehende Entspannung eingetreten sei. Das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held teilt jedoch mit, daß keineswegs die Befürchtungen der süddeutschen Länder zerstreut worden seien. Es läßt erkennen, daß man in Süddeutschland nach wie vor dem Kabinett der Barone mit schärfstem Mißtrauen abwartend gegenübersteht. Auch hier ist alles ganz anders als es nach den offiziösen Worten erscheint!

Als die Regierung Brüning gestürzt wurde, hieß es: Schluß mit den Notverordnungen. Jetzt kommt eine neue Notverordnung, die eine Belastung von 400 Millionen Mark schafft, die ausschließlich auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt wird, während die Reichen nicht in Anspruch genommen werden. Es zeigt sich eine eklatante Zweiteilung des Volkes: **Arbeiter, Angestellte und Beamte tragen die Pflichten der Lasten, der Solidarität mit den Arbeitslosen, aber die reichen Leute bilden ein Volk für sich, das mit Opfern nicht behelligt werden darf. Die breiten Schichten, die auf die nationalsozialistische Demagogie hereingefallen sind, werden sehr rasch erkennen, daß das von den Nationalsozialisten getragene Kabinett der Barone eine Regierung gegen das werktätige Volk darstellt, und daß die Partei des Herrn Hitler eine Partei für Deutschlands Millionäre ist!**

Weil dem so ist, will die Regierung im großen Stile eine Rundfunkpropaganda gegen die öffentliche Kritik an ihren Worten und Taten einsetzen. **Sie will täglich eine halbe Stunde im Rundfunk Propaganda für sich selbst bereiten!** Wenn frühere Regierungen in Gestalt von Auflagenachrichten im Bedarfsfalle — wirklich selten genug — tasächliche Dinge mitgeteilt und offenkundige Lügen richtig gestellt haben, hat sich ein Geheul und Gelärm von rechts erhoben. Wie hat man gezetert über die Politisierung des Rundfunks. Jetzt wird der Rundfunk kräftig politisiert für reaktionäre parteipolitische Zwecke dieser Regierung und der sie tragenden Nationalsozialisten.

Man spricht von einer Milderung der Pressenotverordnung und die stockreaktionärsten Organe, die am lautesten für die Diktatur eingetreten sind, haben bekanntlich bisher das Lob der Pressefreiheit gesungen. Tatsächlich aber will das Kabinett der Barone eine bösartige Kautschukbestimmung gegen die Presse einführen, die jeden Mißbrauch ermöglicht. Auch hier sind die Taten ganz anders als jene Propaganda, auf deren Schultern diese Regierung steht.

Die Entlarvung der abgrundtiefen Heuchelei der nationalsozialistischen Propaganda ist in vollem Gange. Es kommt alles ganz anders, als die Nationalsozialisten ihren Gläubigen vorgelogen haben. Die Entlarvung ist so sehr im Gange, daß man in den Kreisen der Rechten schon deutliche Anzeichen von Katzenjammerstimmung bemerkt. Man hört Befürchtungen, ob der Reichspräsident auf diesem Wege anstandslos bis zum Ende mitgehen wird. Man hört aber auch ausgerechnet, daß aus Rechtskreisen auf Herrn v. Papen das böse Wort: „Der zweite Michaelis" geprägt worden ist.

Dieses Wort sitzt! Wir wollen dafür sorgen, daß es mit ihm und seinem Kabinett ein Ende nimmt wie mit dem Reichskanzler Michaelis!

Bayern und die Berliner Besprechungen

Keine fühlbare Entspannung

Die **amtliche Bayerische Staatszeitung** erklärt zu den Besprechungen der süddeutschen Staatsminister in Berlin, zusammenfassend sei für den Augenblick zu sagen, daß die **süddeutschen** Regierungen, insbesondere **Bayern,** für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnten. Vor allem übernähmen sie nicht die geringste Verantwortung für gewisse Maßnahmen der Notverordnung. **Es müsse festgestellt werden, daß von einer fühlbaren Entspannung im Verhältnis zwischen Reich und Länder schwerlich die Rede sein könne.**

Liste 1 – SPD

Die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge wurde im Reichsinnenministerium in seiner Besprechung mit den Parteien festgelegt. Auf dem Reichstagswahlvorschlag wird die SPD. die Nr. 1 erhalten, es folgt dann unter Nr. 2 die NSDAP., die KPD. trägt die Nr. 3, das Zentrum die Nr. 4, die DNVP. die Nr. 5, die DVP. die Nr. 6, die Wirtschaftspartei Nr. 7, die Deutsche Staatspartei Nr. 8, die Bayer. Volkspartei Nr. 9, das Deutsche Landvolk Nr. 10, und der Christl.-Soz. Volksdienst Nr. 11 in der Reihenfolge der Stimmenzahlen, die sie bei der letzten Reichstagswahl (1930) erhalten haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Englisch-französische Verständigung

Das Ergebnis der Pariser Besprechungen

Weitere Moratoriumsverlängerung für Lausanne vorgeschlagen

Paris, 13. Juni (Eig. Draht). Die französisch-englischen Verhandlungen in Paris haben zu einer **wesentlichen Wiederannäherung** zwischen Frankreich und England geführt. Es wäre aber falsch, diese Wiederannäherung als eine Wiederauferstehung der Entente cordiale oder als die Bindung einer französisch-englischen Einheitsfront gegen die übrigen Staaten Europas, besonders gegen Deutschland auszulegen. Macdonald und Herriot haben selbst in einer Erklärung an die Presse diese Auffassung abgelehnt und die französische Presse betont dies in ihren Kommentaren ausdrücklich. Es handelt sich vor allem um eine französisch-englische **Verständigung über die Methoden**, die den anderen Mächten in Genf und Lausanne nicht aufgezwungen, sondern empfohlen werden sollen, um zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Jedenfalls werden Macdonald und Herriot die Delegierten der anderen Mächte vor Beginn der offiziellen Verhandlungen über ihre Besprechungen unterrichten.

Wenn **Macdonald** in der Reparationsfrage in eine **Verlängerung des Moratoriums** eingewilligt hat, statt wie bis vor kurzem eine endgültige Streichung der Reparationen zu verlangen, so ist das darauf zurückzuführen, daß er sich darüber klar geworden ist, daß angesichts der **Haltung Amerikas** in der Schuldenfrage keine französische Regierung auf einen derartigen Vorschlag eingehen kann. Andererseits wisse man in Frankreich ganz genau, daß von Deutschland keine direkten Reparationszahlungen mehr zu erwarten sind. Deshalb will sich **Herriot** mit einem vollständigen Moratorium einverstanden erklären. Aber er will die von Deutschland im Haag übernommenen **Verpflichtungen juristisch aufrechterhalten** wissen, um sich die Möglichkeit vorzubehalten, später von Deutschland einen **Ausgleich** auf einem anderen, vor allem wirtschaftlichen Gebiet zu verlangen, falls die Vereinigten Staaten inzwischen die Kriegsschulden nicht streichen sollten. Jedenfalls würde durch diese Lösung Deutschland faktisch, wenn auch nicht juristisch seiner Zahlungsverpflichtungen entbunden werden.

Ueber die **Abrüstungsfrage** scheinen der französische und englische Minister nicht sehr eingehend gesprochen zu haben. Sie sind sich aber darüber klar gewesen, daß alles getan werden muß, um der Abrüstungskonferenz einen Erfolg, wenn auch nur einen **Teilerfolg** zu sichern. Auf welche Weise dies möglich ist, wird von dem guten Willen der anderen Staaten abhängen. Einige Blätter sprechen von einer Herabsetzung der Militärkredite und einer Beschränkung oder einer Internationalisierung einer Anzahl besonders gefährlicher Angriffsmittel, wie der Bombenflugzeuge und schließlich von einem **mehrjährigen Rüstungs-Waffenstillstand.**

Um die französische öffentliche Meinung zu beruhigen, hat Macdonald angeblich die Absicht, in Genf von den interessierten Mächten eine Erklärung unterzeichnen zu lassen, in der u. a. Berufung auf den Kelloggpakt jedes gewaltsame Vorgehen gegen einen anderen Staat nochmals verurteilt werden solle.

*

Dieser Ausgang der Pariser Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot gibt ein ungünstiges Prognostikon für die bevorstehenden Lausanner Verhandlungen. Es zeigt sich, daß der „Ruck nach rechts" in Deutschland die kommenden Reparationsbesprechungen in ungünstigster Weise beeinflußt hat. Die „nationalen" Parteien haben wieder einmal dazu beigetragen, Deutschland einen Schlag zu versetzen und das deutsche Volk muß sich selbst an die Brust schlagen, wenn jetzt Lausanne unter einem ungünstigen Stern steht; denn dadurch, daß breite Wählerschichten dazu beigetragen haben, den Nationalsozialismus dermaßen in die Höhe zu treiben, daß wir heute eine Regierung von Nazi-Baronen in Deutschland haben, stehen wir in dieser furchtbaren, fast ausweglosen Situation. Die Hoffnung, welche das deutsche Volk auf Lausanne gesetzt hat, werden heute bereits stark herabgesetzt und Deutschland muß sich mit einer Verlängerung des Moratoriums begnügen, das Brüning bereits im vorigen Jahre erreicht hat. Die durch das Nazigeschrei herbeigeführte Regierung der Nazibarone schlägt Deutschland daher zurück, statt es vorwärts zu bringen, wie es die Nationalsozialisten dem deutschen Volk vortrommelten. Auf Grund einer amtlichen Auslassung aus Washington, sehen amerikanische Blätter bereits das Wrack von Lausanne auf den Wogen schwimmen. Die Neuyorker Times bezeichnet die kühle Art, mit der die Vereinigten Staaten jetzt erklären, „keinerlei Programm gutzuheißen, das völlige Streichung der Kriegsschulden und Reparationen vorsieht," als von den Ereignissen in Berlin provoziert. Das deutsche Volk erntet jetzt, was es durch die nationalsozialistische Bewegung gesät hat.

Henderson über Abrüstung

Die größte Schicksalsstunde seit 1914

Genf, 13. Juni. (Eig. Draht.) Am Vorabend der beginnenden politischen **Abrüstungsverhandlungen** benutzte **Henderson** den Empfang einer Reihe von internationalen Friedensdelegationen zu einer Besprechung der bisherigen Konferenzarbeit und einem richtungweisenden Appell an die Staatsmänner. Vor allem habe die Konferenz eine große Umbildung der Weltmeinung hervorgerufen. Niemand könne auch mehr zu denken wagen, daß die einfache Begrenzung der Rüstungen auf ihren jetzigen Stand ein unlösbares Ergebnis darstellen müsse. Eine **fühlbare und allgemeine Herabsetzung** sei die Forderung der Weltmeinung. Von den technischen Kommissionen haben mindestens zwei wichtige Ergebnisse erzielt: Die Kommission für **staatliche Rüstungsausgaben** habe bewiesen, daß eine wirksame budgetere Begrenzungsmethode praktisch aufgestellt und durchgeführt werden könne, und die Kommission für **chemische Kampfmittel** habe nicht nur deren Abschaffung, sondern auch das **Verbot** jeglicher Herstellung solcher Kampfmittel in Friedenszeiten verboten.

Die Konferenz könne auch nicht mehr auseinandergehen ohne wirksame **Maßnahmen gegen die private Herstellung und den Handel mit Waffen und Munition** zu ergreifen. Nun sei die Zeit gekommen, wo die großen **Entscheidungen** getroffen werden müssen und getroffen würden. Bei den **Regierungen** liege die volle Verantwortung für den Erfolg der Konferenz und vor allem bei denen der großen Mächte, welche die wichtigsten Armeen der Welt besäßen. **„Nie seit 1914** habe in den Händen der Staatsmänner eine solche Macht gelegen, die Ereignisse zum **Guten oder zum Bösen** zu lenken", schloß Henderson unter stärkstem Beifall.

Genf, 13. Juni. Der Bericht der **Landrüstungskomission** der Abrüstungskonferenz über Waffen, die der qualitativen Abrüstung unterworfen werden sollen, liegt nunmehr vor, läßt jedoch erkennen, daß einwandfreie **Lösungen nicht gefunden** wurden.

Macdonald und Herriot in Genf

WTB. **Genf**, 13. Juni. **Macdonald**, Sir John **Simon**, **Herriot**, der französische Kriegsminister **Paul Boncour** und der Direktor der Völkerbundsabteilung am Quai d'Orsay, **Massigli**, sind heute abend in Genf eingetroffen.

Der italienische Außenminister **Grandi** hat morgen eine Besprechung mit Macdonald.

Hitler-„Sozialismus"

CNB. **Mainz**, 13. Juni. Auf dem Sportplatz fand heute abend eine große Kundgebung der NSDAP. statt, bei der zunächst **Prinz August Wilhelm von Preußen** das Wort ergriff. Von der Menge begrüßt sprach dann **Adolf Hitler**, der nach einem Rückblick auf die Geschichte der Partei betonte, **es gelte, den internationalen Sozialismus und den bürgerlichen Nationalismus auszusöhnen.** Es gebe heute keinen Nationalismus, der nicht zuletzt in den Sozialismus münde, und es gebe keinen Sozialismus, der sich nicht zuletzt von der Klasse loslöse und ausgehe im Dienste der Nation. **Der Kampf des Nationalsozialismus sei jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten.**

Die braune Pest

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Eig. Ber.) In Ansbach i. T. veranstalteten die Nazi mit Unterstützung von 300 meist aus Frankfurt stammenedn SA.- und SS.-Leuten eine Kundgebung. Einige Arbeiter, die der Versammlung beiwohnen wollten, wurden von den Nazis mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Totschlägern bearbeitet. Einer erlitt schwere Kopfverletzungen. Die Kundgebung wurde sogleich nach diesem Zwischenfall verboten. Bei einer Durchsuchung der faschistischen Mordbuben fand man drei **Dolche**. Es wird vermutet, daß eine ganze Reihe von Hiebwaffen vorher beiseite geschafft worden war.

Urteil im Prozeß Abel

CNB. **München**, 13. Juni. Im Prozeß Abel beantragte der Staatsanwalt **gegen Abel** wegen zweier Verbrechen des Meineids **fünf Jahre Zuchthaus** und zehn Jahre Ehrverlust, dauernde Eidesunfähigkeit und sofortige Verhaftung. Sowohl die Ausführungen Abels über Roth und den Gareis-Mord als auch die Bekundungen Abels im Prozeß Hitler-Gräfe, wo es sich um italienische Gelder an Hitler handelte, hätten sich als vollkommen unwahr erwiesen.

München, 13. Juni. Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts und kurzer Beratung verkündete das Gericht den Beschluß, den Angeklagten Abel, der seinerzeit aus der Haft entlassen worden war, wegen Fluchtgefahr **wieder in Haft** zu nehmen.

CNB. **München**, 13. Juni. Im Prozeß Abel wurde nach dreistündiger Beratung das **Urteil** verkündet. Abel wird wegen zweier Verbrechen des Meineides zu **drei Jahren Zuchthaus** und sieben Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Haft wird wegen Fluchtgefahr aufrecht erhalten.

Freistaat Baden

Schamlose nationalsozialistische Verleumdungen

Im Zusammenhang mit der Reise der drei süddeutschen Ministerpräsidenten nach Berlin, greift der Führer einen Artikel im Volksfreund auf, in dem die Befürchtung ausgesprochen wird, daß die Politik des Junkerkabinetts im Reiche eine in jeder Beziehung unerwünschte Spannung zwischen Süddeutschland und der bestimmend von altpreußischem Geiste beherrschten Reichsregierung zur Folge haben könnte. Der Führer lügt den Inhalt dieses Artikels dahin um, als enthalte er eine Drohung mit separatistischen Gedankengängen. Damit unsere Leser die Erbärmlichkeit der Fälschung und der Verleumdung in den Auslassungen des Naziblattes kennen lernen, zitieren wir diese Stellen:

„Es gibt keine „süddeutsche Volksstimmung", in der irgendwelche separatistischen Tendenzen zu finden wären, noch **nicht einmal** bei den **Anhängern der Sozialdemokratie oder des Zentrums!** Und zwar weder in Bayern, noch in Württemberg oder gar in der badischen Grenzmark.

Aber es gibt eine Sorte von schwarzen und roten Bonzen, die genau wissen, daß es mit ihrer Herrlichkeit aus sein wird, sobald die Führung des Reiches in nationalsozialistische Hände übergeht. Und **sie wären bereit**, selbst die **Einheit des Reiches zu opfern** für die Erhaltung ihrer Machtpositionen, wenigstens in Süddeutschland.

Eine Gefahr für die Einheit des Reiches stellen diese vaterlands- und gewissenlosen Elemente allerdings nicht dar. **Das Volk steht** in seiner Gesamtheit zum Reich; **selbst die Anhängerschaft der Sozialdemokratie und des Zentrums würden derartige verbrecherische Versuche mit Empörung ablehnen**, und von einem einzigen Sturm des Volkszorns würden die Urheber eines solchen Versuches in ganz Süddeutschland hinweggefegt werden. Wir bitten, nicht zu vergessen, daß die Bevölkerung der Pfalz sogar unter den französischen Bajonetten mit ihren Separatisten fertig geworden ist! . . . ."

Die Niederträchtigkeit der Verleumdung und der Fälschung des Naziblattes beruht darin, daß es die Tatsache, daß sowohl die Anhänger der Sozialdemokratie wie die des Zentrums völlig frei von irgendwelchen separatistischen Tendenzen und Neigungen sind, derart umlügt, als ob die Führer der Sozialdemokratie, sei es im Süden, sei es im Norden, solchen Tendenzen huldigten. Seit dem Zusammenbruch des alten Staates hat die deutsche Sozialdemokratie auch in den allerschwersten Stunden, und nach dem Ruhreinbruch der Franzosen haben ihre Anhänger unter den größten persönlichen Opfern den geradezu heroischen Beweis dafür geliefert, daß separatistische Lockungen und Versuche an der Reichstreue der sozialdemokratischen Arbeiterschaft elendiglich scheiterten. Und wo es dabei gegolten hat, das durch die Tat zu beweisen, haben die sozialdemokratischen Führer völlig unzweideutig gezeigt, daß sie eines Herzens und eines Sinnes mit der Masse ihrer Anhänger sind, die entschlossen den Separatismus ablehnen.

Wenn wir aber die heutigen Machthaber in Berlin warnen, durch ihre Politik zwischen Nord- und Süddeutschland eine Entfremdung auszulösen, so handeln wir im allerbesten Sinne für das Reich, seine Einheit und für die Voraussetzungen, daß das Reich sich bald aus seiner unsäglich schweren wirtschaftlichen und politischen Krise herausarbeiten kann, während die Nazis in satanischem Getue dabei sind, im deutschen Volk eine sittliche und moralische Verheerung anzurichten, die an der Kraft des deutschen Volkes wie eine tötliche Vergiftung zehrt.

CNB. **Straßburg**, 13. Juni. Der Straßburger Flughafen, der vorläufig auf dem militärischen Exerzier- und Flugplatz Polygon untergebracht war, ist durch Verfügung des zuständigen Ministeriums endgültig auf ein frühere schon hergerichtetes Gelände bei dem Dorfe Enzheim verlegt worden.

Reichswehrspaziergänge

Die Reichswehr als Nazizelle

Eine Erklärung von Hitlers Leibjuristen

München, 12. Juni. (SP.) Im Münchener Abelprozeß wurde Hitlers Leibjurist, der **Rechtsanwalt Frank II**, als Zeuge vernommen. Er sagte aus, daß Hitler eine Zersetzung der Reichswehr nicht notwendig habe, da die Reichswehr **sowieso eine einzige nationalsozialistische Zelle sei.**

Einer der Führer der NSDAP. bezeichnet also die Reichswehr glatt als ein **Parteiheer!** Wir sind begierig, ob Herr **von Schleicher** diese Enthüllung schweigend einstecken wird!

Der geschäftige Leibanwalt Hitlers, Frank II, hat gegen die im **Abelprozeß** über Hitler wegen seiner Zeugnisverweigerung und seines ungebührlichen Benehmens verhängte Ordnungsstrafe von 1000 Mark **Beschwerde** eingelegt.

Leutnant Scheringer über Hitler

München, 12. Juni. (SP.) Der Münchener **Meineidsprozeß Abel** geht allmählich seinem Ende zu, nachdem das Gericht umfangreiche Beweisangebote der Verteidigung gegen Hitlers Unglaubwürdigkeit über ausländische Geldquellen und über Einschüchterungen und Bedrohungen des Angeklagten Abel durch nationalsozialistische Kreise **kurzerhand abgelehnt** hatte. Der Hauptzeuge der letzten Verhandlung war der aus dem Ulmer Reichswehrprozeß bekannt gewordene **Leutnant Scheringer**, den man aus dem Bielefelder Festungsgefängnis, wo er eine zweijährige Strafe wegen Hochverrats verbüßt, hatte herbeiholen lassen. Scheringer sollte bekunden, daß Hitler die Ulmer Reichswehroffiziere habe beeinflussen lassen, wahrheitswidrig Zersetzungs- und Revolutionierungsabsichten innerhalb der Reichswehr abzuleugnen, wobei Hitler dann seinen bekannten Leipziger Legalitätseid schwur. Der Zeuge bekundete, daß er sich innerhalb der Reichswehr für die NSDAP. betätigt habe. Er lehne es aber ab, sich auf Grund seines politischen Frontwechsels (Scheringer ist heute Kommunist) als Instrument gegen seine ehemaligen Kameraden verwenden zu lassen. Wörtlich führte er aus:

„Wir von der Reichswehr sind an die NSDAP. herangetreten, weil wir sie für eine revolutionäre Arbeiterpartei hielten, von der wir die Befreiung der Arbeiterklasse erwarteten. In diesem Sinne haben wir in der Reichswehr gearbeitet. Als es dann zum Prozeß kam, hatte ich **mit Rechtsanwalt Frank II eine Unterredung.** Hitler war nicht dabei. Wir Offiziere wollten aufs Ganze gehen und im Prozeß offen zugeben, daß wir die Reichswehr revolutionieren wollten. Frank II aber sagte: „Nein, meine Herrschaften, so etwas können wir uns nicht leisten!"

Auf persönliche Fragen nach Kameraden würde ich die Auslassung verweigern mit Rücksicht auf die Kameraden, die auch jetzt noch revolutionär sind, aber von Hitler und Konsorten betrogen werden. Um die Glaubwürdigkeit des Herrn Hitler zu erschüttern, bedarf es doch dieser lächerlichen Dinge nicht. Es gibt doch schon **klare Beweise für den Verrat der NSDAP.** Ich verstehe überhaupt nicht, daß die Hitler, Abel und Rosenberg sich befeinden. Sie gehören doch alle zusammen. Es ist einer wie der andere. Ueber die Legalität Hitlers gibt es keinen Zweifel mehr. Dieser Herr Regierungsrat macht keine Revolution mehr. Die Hitlerführung, vertreten durch Rechtsanwalt Frank II, hat es abgelehnt, eine revolutionäre Haltung, soweit sie von uns eingenommen wurde, zu decken und zu vertreten. Ich habe mit Adolf Hitler bei dieser Zersetzungssache nicht verhandelt. Ich habe nur mit Unterführern verhandelt. Weil ich aber sehe, daß bei ihnen derselbe SA.-Geist immer noch herrscht, werde ich die Aussage über meine alten Kameraden verweigern und sie hier nicht verraten."

Am Montag wird sich der gerichtsmedizinische Sachverständige über Abel äußern.

Adelsschlüsselstellungen in der Reichswehr

Das Bürgertum bekommt den „Dank" für seine Rechtsschwenkung

Die rechtsgerichtete **Tägliche Rundschau** veröffentlicht in ihrer Nr. 133 eine Zuschrift, die ihr **„aus Reichswehrkreisen"** zugegangen ist. Darin heißt es:

„Die **bürgerlichen Offiziere** verfolgen schon seit langem mit Sorge die Tendenz der Heeresleitung, die **Schlüsselstellungen** nur **mit adeligen Offizieren**, die durch nahe Verwandtschaft, Verwandtschaft oder Heirat mit **Schwerindustrie und Großlandwirtschaft** eng verbunden sind, zu besetzen. Während die ostelbische Versippung dieser Offiziere traditionell ist, setzte der — derzeit bestimmende — schwerindustrielle Einfluß mit dem General von Seeckt ein. Preßorgan dieser Generäle ist bekanntlich die Berliner Börsen-Zeitung. An sich ist das auch keine Schande, und an die persönliche Lauterkeit, den Patriotismus dieser Herren und ihr ehrliches Bemühen, dem Volksganzen dienen zu wollen, kann man ohne Vorbehalt glauben.

Trotzdem ist klar, daß die Verkoppelung der Reichswehrleitung mit ganz bestimmten **wirtschaftlichen Kräften** die große Gefahr in sich birgt, daß die Reichswehr zum **Werkzeug dieser Interessen mißbraucht wird**, ohne daß die Leitung das recht merkt. **99,9 Prozent der deutschen Bevölkerung sind nun einmal weder Fabrik- noch Rittergutsbesitzer."**

Gewerkschaftsbewegung

Revierkonferenz der Eisenbahner

Am Sonntag vormittag fand im „Grünwald" in Karlsruhe eine **Revierkonferenz der Eisenbahner Mittelbadens** statt, die vom Ortsgruppenleiter Bürkle der Ortsgruppe Karlsruhe des Einheitsverbandes eröffnet und geleitet wurde. In der Eröffnungsrede wies Bürkle darauf hin, daß wir in einem äußerst kritischen Zeitpunkt zusammentreten, der von uns äußerste Geschlossenheit und Kampfbereitschaft erfordert.

Sodann hielt Bezirksleiter Schneider des Einheitsverbandes ein eingehendes Referat über die Auswirkungen der Verkehrskrise und die Rechtsverhältnisse der zu anderen Dienststellen versetzten Eisenbahner. Scharf betonte der Redner, daß es nicht so ist, wie mancher törichterweise meint, daß die Arbeiterschaft nichts mehr zu verlieren hat. Gerade im bevorstehenden **Reichstagswahlkampf** fällt die Entscheidung darüber, ob auf arbeitsrechtlichem Gebiet die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten werden oder ob sie auch in Zukunft gewahrt werden können. Es wurde bei der Rbd. [illegible]rlsruhe sowohl wie auch bei anderen Reichsbahndirektionen festgestellt, daß **besonders radikal** sein wollende Arbeiter, nachdem sie abgebaut waren, sich winselnd um jeden Preis bei der Reichsbahn anboten. Die **tarifrechtlichen Bestimmungen** bei der Reichsbahn sind jedoch so, daß die Reichsbahn gezwungen ist, den Tariflohn zu bezahlen. Die Ortslohnzulage beträgt bei der Reichsbahn durchschnittlich 12 Prozent. Wenn oft verlangt wird, die Lohngruppeneinteilung möglichst einzuschränken, so muß darauf hingewiesen werden, daß, wenn es nach den Wünschen der einzelnen Arbeiter ginge, die Lohngruppen noch bedeutend vermehrt werden müßten. Das Ziel der Reichsbahn geht dahin, nur noch 40 Prozent Handwerker, 30 Prozent Angelernte und 30 Prozent Ungelernte zu beschäftigen.

Schneider verbreitete sich dann ausführlich über das **Gebiet der Versetzungen** der Arbeiter von einer Dienststelle zur anderen, wobei er betonte, daß der Arbeiter vom Tage der Versetzung an nicht mehr den Lohn, den er bei der alten Dienststelle hatte, beanspruchen kann.

Eindringlich schilderte er die Schwierigkeiten, die sich bei der Reichsbahn herausgebildet haben. Unsere Verbandsvertreter haben alles daran gesetzt, soviel wie möglich Kollegen den Arbeitsplatz zu erhalten, denn die Reichsbahnhauptverwaltung vertritt den Standpunkt, daß 55 000 Arbeiter bei der Bahn überflüssig sind. Mit aller Energie muß deshalb auch bei der Reichsbahn die Forderung der **Vierzigstundenwoche** vertreten werden. Die Reichsbahn beschäftigt heute schon ehemalige Beamte mit Pickel und Schrothacke und geht darauf aus, die dadurch verdrängten Arbeiter einfach zu entlassen. Wenn jetzt in den **Naziorganen** von ganz Baden die Betriebsratsvorsitzenden der Werkstätten von Karlsruhe und Durlach durch den Kot gezogen werden, als ob diese Kollegen den Abbau in den Werkstätten vollzogen hätten, so sei diesen Nazi-Demagogen gesagt, daß die Entlassungen von der Hauptverwaltung der Reichsbahn verfügt wurden und daß ein Betriebsrat keinerlei Recht hat, einen Arbeiter zu entlassen. Wenn die Organisation ihre Mitglieder weitgehendst schützt, so ist das nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit und sie wird sich **auch in Zukunft** in der Erfüllung dieser Pflicht von niemanden abhalten lassen, am wenigsten von den Steigbügelhaltern der finstersten Reaktion und den Fanghunden des Kapitals und der Gegenrevolution. Stürmische Entrüstung rief es hervor, als Kollege Schneider auf Nazistimmen verweisen konnte, die dem arbeitsunfähigen Arbeiter Selbstmord empfehlen. Gegen diese Barbaren kann nur engster Zusammenschluß und höchste Kampfentschlossenheit aller Volksgenossen helfen. Lebhafter Beifall war der Dank für diese lehrreichen Ausführungen.

Hierauf hielt Bezirksbetriebsrat Koll. Faller einen Vortrag über den **Tagewerkshaushalt** der Werkstätten, des Betriebs- und des Bahnunterhaltungsdienstes. Auch dieser Redner betonte, daß die Verhältnisse bei der Reichsbahn aufs engste zusammenhängen mit der Volks- und Weltwirtschaft und, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, sich wieder auf ihre großen Meister zu besinnen, was ganz besonders bei den Eisenbahnern in den letzten Jahren sehr in Vergessenheit geraten war. Wenn die Personalpolitik bei der Reichsbahn so weiter getrieben wird wie bisher, werden auch in Zukunft immer wieder Arbeiter auf die Straße fliegen. Helfen kann nur eine radikale **Verkürzung der Arbeitszeit** und eine **gleichmäßige Verteilung** der Lasten auf Beamte und Arbeiter. Gegenüber der ungeheuren Belastung der Arbeiter sind die Beamten bisher auch bei der Reichsbahn ziemlich ungerupft davongekommen. Bezeichnend ist, daß alle Kritik vom Abbau sich immer nur gegen den Betriebsrat, aber niemals gegen die Reichsbahn richtet, obwohl doch gerade gegenwärtig die Betriebsräte Uebermenschliches zu leisten haben. Der Tagewerkshaushalt kann in den Bw. als ausgeglichen bezeichnet werden, während er in den Raw. und im Verkehr immer noch höchst unsicheren Verhältnissen gegenübersteht. In weiteren Darlegungen zeigte der Redner dann die Rechtslage auf, der besonders die Betriebsräte gegenüberstehen, um am Schlusse zu betonen, daß es sich heute mehr denn je um den Kampf von Klasse gegen Klasse handelt und, daß die Arbeiterschaft verloren ist, wenn sie nicht wie ein Mann aufsteht und der Hydra Gegenrevolution endlich gründlich den Garaus macht.

Auch dieser Redner erntete von der gutbesuchten Versammlung stürmischen Beifall.

Bezirksbetriebsrat Metzger machte ebenfalls längere Ausführungen, bei denen er besonders die schwierige Lage der Reichsbahn schilderte und besonders auf die Konkurrenz abhob, die das Auto der Eisenbahn macht. Auch er hob die Wichtigkeit der **bevorstehenden Wahl** hervor, bei der eine für die Arbeiterschaft **entscheidungsvolle** Schlacht von weltgeschichtlicher Bedeutung geschlagen wird. Auch in der Disussion wurde ganz entschieden betont, daß die Arbeiterschaft vor einer entscheidenden Schicksalswende steht, in der sie das Aeußerste aufwenden muß, um ihre politische Freiheit zu erhalten und nicht in die Zeit finsterer Reaktion zurückgeworfen zu werden.

Der Leiter der Versammlung, Koll. Bürkle, schloß die eindrucksvolle Konferenz mit dem Hinweis auf die **bevorstehende Reparationskonferenz** in Lausanne, von der die Eisenbahner erwarten, daß sie ihnen die Gleichberechtigung wieder zurückgibt, indem die Sonderbesteuerung der Reichsbahn aufgehoben wird und die Reichsbahn wieder in die volle Verfügungsgewalt des Deutschen Reiches kommt. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann sich auch der Eisenbahner wieder als freier, gleichberechtigter Staatsbürger fühlen und den Kampf aufnehmen für ein menschenwürdiges, dem Kulturstand unserer Zeit und unseren Lebensmöglichkeiten angepaßtes Dasein.

In Nebenraum des Restaurants Grünwald hielt gleichzeitig **Bezirkssekretär Heini eine Beamtenkonferenz** ab, in der er über den **Stellenplan** für 1932 und die Auswirkungen der Personalsparmaßnahmen für die Beamten und Beamtenanwärter referierte. Auch diese Konferenz war von bester Stimmung getragen.

Beide Konferenzen haben bewiesen, daß die Eisenbahner durch die Krise und alles das, was sie schon in ihr erleben mußten, **keineswegs zermürbt** sind, sondern daß sie **wissen**, was die Stunde geschlagen hat und daß sie den bevorstehenden Kämpfen gewappnet gegenüberstehen und daß sie alles daran setzen werden, die Pläne der Volksfeinde zuschanden zu machen. D.

*

Die Aussperrung im württembergischen Holzgewerbe ist durch einen bindenden Spruch des Schlichters für Südwestdeutschland **beendet** worden. Der Spruch bringt eine Lohnvereinbarung auf der Grundlage eines Ecklohnes von 88 Pfennigen mit Wirkung bis 30. November. Die Arbeitsaufnahme in den ausgesperrten Betrieben ist für Anfang nächster Woche vereinbart.

Gewerkschaftsfreunde werden entlassen

Der antisoziale Kurs der Papenheimer

Dr. Geib, der Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums seit 1919, ist auf seinen Antrag hin vom Kabinett Papen-Schleicher zur Disposition gestellt worden.

Hierzu wird uns aus Berlin geschrieben:

Der **Grund** für Dr. Geibs Rücktritt liegt zweifellos darin, daß er sich angesichts der **Kampfstellung der neuen Regierung gegen die Gewerkschaften** ein gedeihliches Arbeiten im Reichsarbeitsministerium nicht vorstellen kann. Geib legte stets großen Wert auf **verständnisvolle Fühlungnahme des Arbeitsministeriums mit den Gewerkschaftsorganisationen.** Damit ist nicht gesagt, daß er etwa bisher in seinem Ministerium „Gewerkschaftssekretär-Politik", wie sie das Unternehmertum heute an allen Enden und Ecken vermutet, getrieben hat. Ganz und gar nicht. Geib war sich aber darüber im klaren, daß eine **staatsbejahende** Haltung der Arbeiterschaft auf die Dauer nur möglich ist, wenn man auch den deutschen Arbeiter — den ärmsten und treuesten Sohn Deutschlands, den der neue Reichsinnenminister Freiherr von Gayl soeben wieder entdeckt hat — an der Gestaltung seines Schicksals **mitraten und mittaten** läßt. Aus **staatspolitischen** Gründen war Geib ein Freund der Gewerkschaften auch in seiner Amtstätigkeit. Er war **kein Parteipolitiker,** sondern Beamter, deswegen aber noch lange nicht lediglich nur ein gehorsamer Diener seines Ministers. Seine Arbeit im Reichsarbeitsministerium war Ueberzeugungssache. Der politische Kurs, den z. B. das Arbeitsministerium unter der Führung Stegerwalds einschlug, wurde von Dr. Geib aus voller Ueberzeugung gesteuert, obwohl auch ihn vieles seelisch niederdrückte, was dieser Kurs den Arbeitern gegenüber unter dem Zwang der Verhältnisse an Opfern forderte.

Wenn Dr. Gib jetzt das Reichsarbeitsministerium **verläßt,** dann verläßt er damit noch lange nicht die sozialpolitische Welt. Er geht nicht in den Ruhestand. Er bleibt in der sozialpolitischen Arbeit, und man darf hoffen, daß zu gegebener Zeit sein Können von neuem auch an führender amtlicher Stelle in den Dienst des sozialpolitischen Fortschritts gestellt wird. **Noch ist ja nicht aller Tage Abend.** Der Versuch der Regierung Papen-Schleicher, vor allem auf sozialpolitischem Gebiet auf Kommando der Scharfmacher das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, muß und wird, wenn auch vielleicht erst nach schweren Kämpfen, scheitern.

*

Reichsarbeitsminister Schäffer hat dem Staatssekrtär Dr. **Geib** aus Anlaß des Rücktritts von seinem Amt als Staatssekretär des Reichsarbeitsimnisteriums ein **anerkennendes und herzliches Dankschreiben** übermittelt. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß Dr. Geib in schwerster Notzeit zum Staatssekretär des seinerzeit neugebildeten Reichsarbeitsministeriums berufen worden sei. Großes sei zu schaffen gewesen, nämlich die neue Reichsbehörde zu einer organischen Einheit auszubauen. Ihm, Dr. Geib, sei es gelungen, ein Werk zu schaffen, das durch seine innere Geschlossenheit und sorgfältig erwogene organisatorische Durchbildung als Vorbild der Verwaltungskunst bezeichnet werden könne. Sein kluger Rat sei den Vorgängern des jetzigen Reichsarbeitsministers stets eine wertvolle Stütze gewesen. Von allen Angehörigen des Reichsarbeitsministeriums werde sein Scheiden aufrichtig bedauert. Er, der Minister, hoffe aber, daß Dr. Geib **recht bald eine Aufgabe übertragen** werde, die es ihm gestatte, wieder an hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens zum Segen des Vaterlandes zu wirken.

Tagung des Werkmeisterverbandes

Mannheim, 13. Juni. (Eig. Ber.) Die von 61 Abgeordneten aus allen Teilen Deutschlands besuchte 30. **Verbandstagung des Deutschen Werkmeisterverbandes** nahm am Samstag in Mannheim ihren Anfang.

Der Verbandsvorsitzende, Hermann Buschmann, ging in seiner Eröffnungsansprache nach einigen Begrüßungsworten kurz auf die aktuellen Ereignisse ein:

Der Kabinettswechsel bedeutet das Signal der Reaktion gegen die Gewerkschaften.

Scharf wendet er sich gegen die Stellen im „Regierungsprogramm" des neuen Kabinets, wo vom „Versorgungsstaat" und „Klassenkampf" die Rede ist:

Die Schicksalsstunde der Sozialpolitik ist gekommen. Der Angriff auf Tarif- und Arbeitsrecht, auf die Arbeitslosen- und die übrigen Zweige der Sozialversicherung ist auf der ganzen Linie eingeleitet; damit der Kampf gegen die Gewerkschaften. Bereit sein ist alles.

Der Verbandsvorsitzende zieht daraus die Schlußfolgerung: „Sinn und Aufgabe der Tagung ist, uns neu einzustellen und anzupassen an die veränderten Verhältnisse. **Wir müssen uns mehr noch als bisher sammeln, enger aneinanderschließen und aktiv sein.** Nicht schicksalsergeben, sondern schicksalgestaltend wollen wir in eine neue Periode der Gewerkschaftsarbeit eintreten.

Für die freigewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen sagte der Vorsitzende des Afabundes Siegfried Aufhäuser der neuen Regierung, die unverhüllt ihre sozialreaktionären Absichten bekunde, **Kampf an.** Gerade der deutsche Süden hat sich als widerstandsfähig und willig gegen jeden Feudalismus gezeigt, der deutsche Süden lehne auch jede Diktatur ab. Eine Lösung der schwierigen Wirtschaftsprobleme sei nur durch Begehen der Wege möglich, die die Freien Gewerkschaften aufgezeigt hätten.

Für die badische Regierung dankte Regierungsrat Neumeyer für die Einladung.

Der Geschäftsbericht

ließ die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Mitgliederbewegung erkennen.

23 000 Mitglieder sind heute stellenlos,

dieser hohen Zahl entspricht auch der Unterstützungsaufwand des Verbandes, der im vergangenen Jahr die Summe von 4,6 Millionen Mark erreichte. Zur Bewältigung dieser Leistungen mußte auch das Verbandsvermögen herangezogen werden, das jetzt 4,3 Millionen Mark beträgt. Während 1930 noch 77 Prozent der Beitragseingänge für Unterstützungen verwendet wurden, sind im vergangenen Jahr über 80 Prozent Eingänge zu Unterstützungszwecken verwendet worden. Scharfe Kritik wurde besonders an der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes geübt.

Zu den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen stellt der Verbandsvorsitzende fest, daß sich der Verband wie alle deutschen Gewerkschaften in einem gigantischen Abwehrkampf befindet: Der Sturz der Regierung Brüning bedeutet die Kampfansage an die Gewerkschaften.

Die nationalsozialistische Bewegung, gegen die der Verband von vornherein eine klare Stellung eingenommen hat, konnte unter den Mitgliedern nicht Fuß fassen.

Der Deutsche Werkmeister-Verband bekennt sich zur Eisernen Front und steht in der Verteidigung der Demokratie und der Weimarer Verfassung eine Lebensaufgabe der Gewerkschaften. Das berührt nicht die parteipolitische Neutralität des Verbandes, die mit Grundsatzlosigkeit und Selbstaufgabe nichts zu tun hat. Wirksame Dauerhilfe erwartet der Verbandsvorsitzende nur von einem

Umbau der Wirtschaft in planwirtschaftlicher Richtung.

Wenn auch die Reaktion stark und die Feinde zahlreich sind, so wird uns trotz alledem die Zukunft gehören.

Kampf um die Sozialpolitik.

Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Verbandes, Dr. Croner, zeichnete in seinem Referat die Gefahrenmomente auf, von der die Sozialpolitik bedroht ist. Zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung sei notwendig ein Solidaritätsopfer aller Beschäftigten, soweit sie nicht beitragspflichtig sind und eine Heranziehung aller Einkommen. Die Werkmeister legen besonderen Wert auf das Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte.

Reichstagsabg. Kurt Heinig verwies auf die Subventionen für Industrie und Landwirtschaft gegenüber der Kennzeichnung unseres Wohlfahrtsstaates durch die Regierung. Solange die sinnlose Produktionsweise des jetzigen Wirtschaftssystems bestehen bleibe, könne keine Regierung Experimente mit Aussicht auf Erfolg unternehmen.

In der Aussprache kam der geschlossene Wille zum Ausdruck, gemeinsam an der Seite der übrigen freien Gewerkschaften gegen die soziale und politische Reaktion zu kämpfen.

Kundgebung für einheitliche Kampffront.

Am Sonntag vormittag wurde im Nibelungensaal eine gewaltige Kundgebung für den Kampf gegen die Sozialreaktion abgehalten. Der Verbandsvorsitzende, Buschmann, zeigte den politischen und „sozialen" Charakter der Regierung der Barone auf. Die Widerstandskraft der Gewerkschaften ist nicht gebrochen. S. Aufhäuser forderte unter stürmischer Zustimmung zum entschlossenen Kampf gegen alle Bestrebungen zum Abbau der Sozialpolitik und der Freiheit der arbeitenden Bevölkerung auf.

*

Alsdann wurde eine **Entschließung** einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Werkmeister sind sich auch im klaren, daß die

Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges in den Gesetzen der privatkapitalistischen Wirtschaft, vor allem auch in dem verlorenen Krieg, dem Schuldenproblem und der Erstarrung des Weltkreditverkehrs liegen.

Wenn die Krise sich aber gerade in Deutschland so außerordentlich zugespitzt hat, dann nicht zuletzt durch die Schuld des deutschen Unternehmertums.

Für die Sünden eines spekulativen Unternehmertums sollen die Arbeitnehmer büßen.

Nicht genug, daß sie in erster Linie die Lasten des verlorenen Krieges, der Inflation und des Ruhrkampfes zu tragen haben . . . , nun sind Kräfte am Werk, die die Folgen der durch die Schuld der Wirtschaftsführer verschärften Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Arbeitnehmer abwälzen möchten.

Mit dem Schlagwort vom „Wohlfahrtsstaat" wird nun gegen die Sozialversicherung und die sozialen Schutzgesetze vorgestoßen.

Insbesondere sollen die Aufwendungen für die Millionen Volksgenossen abgebaut werden, die schuldlos zur Arbeitslosigkeit verurteilt worden sind. Die von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung bleiben unbeachtet. Im Gegenteil, eine von allen reaktionären Kräften getragene Regierung geht zum Angriff gegen die Gewerkschaften über und nicht zuletzt auch gegen die Grundlage unseres Volksstaates, die demokratische Republik.

Das ist umso unbegreiflicher, als es gerade jetzt, da in den kommenden Monaten die

Arbeitslosigkeit zur Katastrophe anzuwachsen droht,

auf die Zusammenfassung aller Kräfte unseres Volkes ankommt. Das nicht allein; die Versammelten sind davon überzeugt, daß der Ausweg aus der Krise nur durch eine planmäßige Gestaltung von Gütererzeugung und -Verteilung gefunden werden kann, wie sie im wirtschaftlichen Teil des sozialen Programms des Deutschen Werkmeister-Verbandes gefordert wird. Sie richten eine ernste Warnung an alle Kreise, die glauben, gegen die Arbeitnehmer regieren zu können und sie sagen den schärfsten Kampf einer Politik an, die gegen die Lebensinteressen der Arbeitnehmer verstößt. Sie geloben, ihren ganzen Einfluß und ihre organisatorische Kraft für die baldige Aenderung eines solchen Zustandes einzusetzen."

Der Abschluß

Mannheim, 13. Juni (Eig. Bericht).

Am Montag wurden die Beratungen fortgesetzt und zu Ende geführt. In zwei Entschließungen wurde gegen jede Schmälerung der Versicherten in der Sozialversicherung protestiert und die Aufrechterhaltung des Tarifwesens gefordert. Der Verbandsbeitrag wurde auf 4,50 Mark ermäßigt; die Unterstützung bei Stellenlosigkeit auf 1,20 Mark pro Tag.

Von besonderer Bedeutung war ein Antrag, der Annahme fand, worin dem Vorstand größere Bewegungsfreiheit gegeben wird. Satzungsänderungen können nach voraufgegangener Beratung und Beschlußfassung der Bezirkskonferenzen vom Verbandsvorstand vorgenommen werden.

Der nächste Verbandstag 1934 wird an der Stätte des Entstehens des Verbandes, in Düsseldorf abgehalten werden.

In seinem Schlußwort betonte der Verbandsvorsitzende Buschmann, daß die Entwicklung zwangsläufig zur Verstärkung des gewerkschaftlichen Charakters des Verbandes dränge. Die Mitarbeit der Mitglieder sei hierzu besonders erforderlich und auf diese Weise werde der Verband auch diese Notzeiten gut überstehen.

Brüning, Spitzenkandidat in Hessen

Darmstadt, 13. Juni. (Eig. Draht.) Der ehemalige Reichskanzler **Brüning** wurde heute vom Landesausschuß der hessischen Zentrumspartei als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl aufgestellt. Der an zweiter Stelle der Liste stehende Reichstagsabgeordnete **Bockius** aus Mainz hielt ein längeres Referat, in dem er gegen die heutige Reichsregierung Stellung nahm. Der katholische Arbeiterführer **Wesp** schlug einen außerordentlich scharfen Ton gegen die von der Regierung geplanten sozialen Verschlechterungen an.

Gegen Kürzung der Kriegsrenten

Der Gau Mittelschlesien des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat gegen die beabsichtigte neuerliche **Kürzung** der **Kriegsrenten** beim Reichspräsidenten von Hindenburg mit nachstehendem Telegramm entschieden Einspruch erhoben:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Mittelschlesien, erhebt als Kriegsteilnehmer-Organisation Einspruch gegen die neuerliche Benachteiligung der Kriegskameraden und deren Witwen und Waisen durch die Notverordnung. In engster Verbundenheit mit den Frontkameraden fühlen wir die Gewissenspflicht für das Recht der Kriegsopfer, denen der Dank des Vaterlandes gewiß sein sollte, furchtlos und entschieden einzutreten.

Geld, das in die Gosse rinnt?

Ja, das gibt es noch. Jährlich gehen Millionen Goldmark dadurch verloren, daß Persil und Seife durch das harte Leitungswasser in der Waschkraft stark geschmälert werden. Schuld daran trägt der seifenfressende Kalk. Bedenken Sie: 10 Gramm Kalk in 100 Liter Wasser vernichten schon ¼ Pfund Seife. Diesem Schädling am Volksvermögen gilt daher unser Kampf. Und womit? Mit Henko, Henkels Wasch- und Bleich-Soda. Einige Handvoll Henko, vor Beigabe der Waschlauge im Kessel verrührt, machen das härteste Wasser im Nu weich wie das schönste Regenwasser.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

14. Juni

1823 *Russischer Revolutionär Peter Lawrow. — 1848 Zeughaussturm in Berlin. — 1866 Beginn des Preußisch-Deutschen Krieges. — 1873 †Historiker Friedrich v. Raumer. — 1894 Grubenkatastrophe in Karwin (232†). — 1921 Gesetzlicher Achtstundentag in Belgien. — 1931 Frankreich: Schiffskatastrophe an der Loiremündung (500†).

Karlsruher Verkehrsprobleme

Aussprache in der Hauptversammlung des Verkehrsvereins

Wir berichteten bereits über die Tätigkeit des Verkehrsvereins im abgelaufenen Jahr auf Grund der Ausführungen des Berichterstatters, Verkehrsdirektor Lacher, in der Hauptversammlung des Vereins am 9. ds. Mts. Im Anschluß daran besprach Direktor Lacher eine Reihe für den Karlsruher Fremdenverkehr ausschlaggebender Fragen. Unter ihnen steht an erster Stelle die Elektrifizierung der badischen Bahnen, ein Problem, das fast so alt ist, wie die Bahnen selbst. Immer wieder wurde in der badischen Oeffentlichkeit auf die bevorstehende Benachteiligung Badens in der Verbesserung des Eisenbahnwesens gegenüber, den übrigen deutschen Ländern, namentlich im Vergleich zu Württemberg, hingewiesen. Die Strecke München—Augsburg—Stuttgart ist elektrifiziert, während die für Baden wichtige Ost—West-Strecke Stuttgart—Karlsruhe—Kehl immer noch mit Dampf betrieben wird. Ebenso fehlt der elektrische Anschluß an die nördliche Grenzstation der schweizerischen Bundesbahnen in Basel, trotz verhandener billiger elektrischer Kräfte und trotz der Möglichkeit, Tausenden von Arbeitslosen dadurch Brot zu geben. Die Vorstellungen Badens wurden von der Reichsbahn stets mit dem Hinweis auf den Mangel an Mitteln abgewiesen, dagegen konnte man für die württembergischen Bahnen reichlich Geld flüssig machen. Der Nord—Süd-Durchgangsverkehr, der früher am raschesten durch Baden geleitet wurde, wird durch die Beschleunigung der Fahrt auf den östlichen und westlichen Konkurrenzlinien mehr und mehr abgezogen, wobei namentlich auf dem linksrheinischen Gebiet die französischen Bahnen sich größte Mühe geben durch Einlegen neuer Schnellzugsstrecken, durch Elektrifizierung und Tarifverbilligung die englischen und niederländischen Reisenden zur Fahrt auf den französischen Bahnen anzuregen. Seit 15 Jahren wird auch die Einführung von Schlafwagen 3. Klasse (Liegewagen) gefordert, die fast in allen Teilen Deutschlands nur nicht in Baden eingeführt sind und die gerade bei der jetzigen Geldknappheit sicherlich regsten Zuspruch finden würden.

Im Verlauf der Aussprache wurde der Antrag des Verkehrsvereins, das im Jahre 1895 im badischen „Musterländle" eingeführte Kilometerheft recht rasch für ganz Deutschland wiederherzustellen, lebhaft unterstützt. Welch großen Aufschwung der badische Eisenbahnverkehr seiner Zeit durch das Kilometerheft erfuhr, geht aus der Steigerung der Personenbeförderung in den ersten 5 Jahren um 9 981 849 Fahrgästen und den dadurch erzielten Mehreinnahmen von RM. 4 568 099 hervor. Auf diese Preise könnte die Reichsbahn auch heute wieder den stark zurückgegangenen Personenverkehr beleben — und dabei ein gutes Geschäft machen. Die technischen Bedenken der Reichsbahnhauptverwaltung gegen das Kilometerheft müßten überwindbar sein. In Zusammenarbeit mit dem Badischen Verkehrsverband hat der Verkehrsverein beschlossen, bei der Reichsbahn die Führung von Ausflugs-Sonderzügen nach Baden zu beantragen, wie sie z. B. bereits nach Bayern und München veranstaltet werden. In der Diskussion wurde unter anderm hervorgehoben, daß die am 1. Juni eingeführte Urlaubskarte für Reisen über 200 Kilometer für Baden, insbesondere für die Karlsruher Bevölkerung, von problematischem Wert seien, weil sie innerhalb des Landes Baden bei der eng bemessenen räumlichen Ausdehnung kaum benützt werden könnten. Es werde daher nur die Herabsetzung der 200-Kilometer-Zone vielleicht auf 50 Kilometer eine stärkere Ausnützung dieser Vergünstigung ermöglichen.

Hinsichtlich des badischen Luftverkehrs wies Direktor Lacher darauf hin, daß durch die Verlegung der Linie 52 (Paris—Saarbrücken-Stuttgart—Balkan) über Mannheim Karlsruhe einen empfindlichen Schaden erlitten habe und nur noch über 2 Nord-Süd-Luftlinien, die sog. Schwarzwaldlinie und die Linie Baden-Baden—Karlsruhe—Stuttgart verfüge. Er sprach die dringliche Bitte aus, daß der Staat alles tun möge, um Baden den Luftverkehr zu erhalten.

Dem nachträglichen Eintreten der badischen Regierung sei es in dankenswerter Weise gelungen, endlich den **Rheinbrückenbau bei Maxau** zu sichern, nachdem es schien, daß dieses Projekt von gewisser Seite verschleppt werden sollte. Mit den Bauarbeiten auf der badischen Seite sollte schon in diesem Herbst begonnen werden, wodurch Tausende von Arbeitslosen Beschäftigung finden könnten. Ueber eine feste Rheinbrücke wird auch der heute stark gehemmte Verkehr zwischen Baden und der Pfalz erheblich belebt werden.

Den Niederschlag des Referats und der Aussprache über die verkehrspolitischen Fragen bildeten zwei Entschließungen, welche den zuständigen Stellen zugeleitet werden sollen.

Der Stadtrat hat beschlossen

Sanatorium Speyerershof in Heidelberg. Die Gesellschafterversammlung der „Speyerershof G. m. b. H. in Heidelberg" hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, zur Beseitigung aufgetretener Mißverständnisse, die sich aus der Bezeichnung „Sanatorium" ergeben haben, die Firma der Gesellschaft in Speyerershof, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gemeinnützige öffentliche Krankenanstalt" zu ändern. Um nach außen klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Anstalt in erster Linie für den Mittelstand bestimmt ist, wurde der Gesellschaftsvertrag dahin geändert, daß Gegenstand des Unternehmens der Betrieb einer Krankenanstalt für behandlungsbedürftige innerlich chronisch Kranke die nicht zwangsversichert sind, insbesondere für Kranke des wirtschaftlich notleidenden Mittelstandes ist. Die Stadt ist an dem Unternehmen seit dem Jahre 1928 mit 50 000 RM. beteiligt. Zu der vorstehend aufgeführten Satzungsänderung hat der Stadtrat seine Zustimmung erteilt.

Straßenbenennung. Die Zufahrtswege in der Randsiedlung am Bulverhausweg zwischen Bulach und Grünwinkel erhalten mit sofortiger Wirkung folgende Bezeichnungen: 1. Eichenweg, 2. Tannenweg, 3. Forlenweg, 4. Eschenweg, 5. Kiefernweg.

Großes Kinder- und Familienfest in der Festhalle

Der Rotkreuztag am 12. Juni 1932

Am vergangenen Sonntag waren in der ganzen Stadt die „Rote Kreuz"-Samariter als Sammler zu sehen. Sie brauchen Geld zur Ausführung ihrer uneigennützigen Tätigkeit. Etwas herzerfrischend Familiäres was das große **Kinder- und Familienfest** in der Festhalle, das vom Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz arrangiert war. Der große Saal war sehr gut besetzt. In der Luft lebte das Summen und Verhallen lebhafter Kinderstimmen. Ueberall herrschte Freude. Viele glückstrahlende Kinderaugen lachten den Besucher an. Und es wurde wirklich auch ganz nett die Veranstaltung durchgeführt. Das Programm selbst wirkte leicht, sehr gefällig und unterhaltend. Recht lieblich war die Bühne hergerichtet. Das frische Grün dominierte. In diesen besonderen Rahmen paßten vorzüglich die Reigen und Kinderlieder, die unter der Zusammenfassung als „Die vier Jahreszeiten" glänzend aufgeführt wurden. Frau Eichrodt, der Gattin des Kunstmalers, gebührt als sachverständige Leiterin das Hauptlob. Einfach herzig, diesen Kleinen beim reigenähnlichen Spiel zuzusehen. Jeder war sich der Bedeutung seiner Aufgabe bewußt. Farbenfreudig und erheiternd dominierten die aus Papier hergestellten Kleider bezw. Kostüme. Den Kleinen machte die Sache sehr viel Spaß. Es war recht aufmunternd, dieses lustige Treiben auf der Bühne. Rein im Ton und selbstsicher erklangen die Kinderliedchen. Eine ganz besondere Freude hier zuzuhören. Sehr viel Arbeit, die man gar nicht so bemerkt, steckt in dieser Aufführung. Durch Krabbelsack und Bewirtung fand auch das Leibliche seine Befriedigung. Frau **Bauer-Genter** vom hiesigen Landestheater unterhielt mit lustigen Vorträgen, die teilweise sehr ansprachen. Schade, daß die Stimme mitunter nicht durchdrang. Der Beifall war reichlich und verdient. Auch die tänzerischen Darbietungen des Volkstanzkreises unterhielten ausgezeichnet. Dank und Anerkennung verdient ebenfalls die Polizeikapelle, die mit Bravour den musikalischen Teil bestritt. Der Erlös wird zu Gunsten der Kindererholung verwandt. Schir.

Luftschutzübung bei der Polizei

Geglückter Vernebelungsversuch auf dem Karlsruher Flugplatz

Unbeschadet seiner friedlichen Einstellung muß Deutschland als luftgefährdetes und luftempfindliches Land innerhalb Europas angesehen werden. Aktive Luftabwehr ist Deutschland durch Versagung von besonderen Luftstreitkräften nicht gestattet. Um die deutsche Bevölkerung vor einer ihr möglicherweise drohenden Gefahr durch feindliche Luftangriffe zu schützen, haben deshalb, wie in allen andern Ländern, so auch in Baden, die verantwortlichen Stellen Richtlinien und Grundsätze ausgegeben, um einen

passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung

auszubauen. Die Maßnahmen des zivilen Luftschutzes haben zum Ziel, die Wirkung etwaiger Luftangriffe auf ein geringes Maß herabzusetzen, das Leben der Bevölkerung zu schützen und eingetretene Schäden und Gefahren so schnell wie möglich wieder zu beseitigen. Der zivile Luftschutz gehört insofern in das Gebiet der Vorsorge gegen öffentliche Notstände, die den Staatsbehörden, insbesondere der Polizei, obliegt.

Als Mittel des zivilen Luftschutzes kommen insbesondere in Betracht: Ein sorgsam aufzustellender Melde- und Warndienst, der, ähnlich wie der Hochwassermeldedienst, einen bevorstehenden Luftangriff frühzeitig erkennen und rechtzeitig vor ihm warnen soll; die Tarnung der möglichen Ziele durch Verdunkelung oder Vernebelung; der Kollektivschutz der Bevölkerung durch Schaffung zunächst behelfsmäßiger splitter- und gassicherer Zufluchtsräume; schließlich der Ausbau eines Sicherungs- und Hilfsdienstes, der eingetretene Gefahren durch tatkräftiges und sachgemäßes Eingreifen schnell beseitigen soll. Diese für die Allgemeinheit erforderlichen Schutzmaßnahmen finden ihre Ergänzung durch besondere Maßnahmen für die Großbetriebe, insbesondere Eisenbahn und Post, wie auch lebenswichtigen Werke.

Der Schwerpunkt der Durchführung des zivilen Luftschutzes liegt in der örtlichen Vorbereitung. Ihre Leitung ist Aufgabe der Polizei. Die Polizei muß hierbei engste Fühlung mit der Gemeindeverwaltung halten. Da auch die freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung von größter Bedeutung ist, werden Luftschutzbeiräte örtlich gebildet, zu denen Vertreter aller derjenigen Behörden, Organisationen und Verbände herangezogen werden, die bei dem Aufbau des Luftschutzes nützliche Mitarbeit zu leisten in der Lage sind. Dies sind im wesentlichen die Aufgaben des zivilen Luftschutzes.

Polizeipräsident Haußer, der mit technischer Unterstützung des Polizeimajors Krauth am gestrigen Spätnachmittag vor Geladenen die Luftschutzübung der Karlsruher Polizei auf dem Flugplatz leitete, machte die Anwesenden damit vertraut, daß vor einiger Zeit in Karlsruhe die Bildung eines Luftschutzbeirats in die Wege geleitet worden sei. Die übrigens recht wirkungsvoll vorgeführten Uebungen mit Handapparaten sollten insbesondere den Fachleitern und Mitgliedern der sogenannten „örtlichen Luftschutzleitung" zeigen, wie eine Flugwache für den Luftschutzmeldedienst, die Vernebelung einer besonders luftgefährdeten Anlage, die Bekämpfung einer Panik durch besonders eingesetzte Polizei und die Einrichtung eines gas- und splittergeschützten Unterkunftsraumes. Es waren, abgesehen von Polizeioffizieren, die sich zur Fortbildung auf der Polizei- und Gendarmerieschule hier befinden, zu der Vorführung nur geladen worden die Vertreter derjenigen Behörden und Organisationen (Stadtverwaltung, Feuerwehr, Technische Nothilfe, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Städtischer Rettungsdienst), die ihre Fachleiter in die Luftschutzleitung zu entsenden hätten, sodann aber auch die Vertreter der Karlsruher Presse.

Die Vorführung hinterließ einen guten Eindruck. Auch die Einrichtungen im Kellere des Polizeipräsidiums ließen erkennen, daß sich die Polizei mit Ernst und Gewissenhaftigkeit ihrer neuen Teilaufgabe widmet. Ministerialdirektor Barck dankte im Namen der Regierung den Erschienenen für ihr Interesse, das durch ihr Dasein gegenüber dem Luftschutz bekundet wurde.

Einweihung des Sportplatzes des Postsportvereins

Bei der Ettlinger Allee in der Nähe des Rangierbahnhofes wurde für den Postsportverein eine Sportanlage geschaffen, die zu einer der schönsten Sportstätten Karlsruhes gehört. Am vergangenen Sonntag war die Einweihung dieses Platzes, der einen bunten Fahnenschmuck aufwies. Recht zahlreich folgten die Mitglieder und sonstigen geladenen Gäste der Einladung. Ein Aufmarsch der Aktiven leitete die Feier ein, worauf die Postalia unter Leitung des Herrn Greulich ein der Feier des Tages entsprechendes Lied vortrug. Oberpostrat **Löffler** hielt die Festansprache, in der er alle die geladenen Gäste begrüßte und Zweck und Ziele des Vereins bekanntgab. Besonders stellte er in den Vordergrund, daß es Aufgabe der Postsportbewegung sei, Sport und Turnen nur um der Gesundheit willen zu treiben und daß der Sport stets Spiel bleiben und der Erholung dienen müsse. Herr Oberpostpräsident Gieß sprach sodann ebenfalls zu der Festversammlung, ihm folgten noch einige Redner anderer Organisationen.

Das sportliche Programm bestand aus Gymnastik, rhythmischen Uebungen der Turnerinnen, Gesundheitsgymnastik der Postlehrlinge und Schwerathletik der Aelteren, Tänze und Humoresken, Tanzreigen von Kindern sowie 100-Meterläufe, 4×100-Meterstaffel sowie Turnierspiele der Tennisabteilung. Ein Fußballspiel, das den vorgenannten Vorführungen vorausging und gegen eine KFV.-Mannschaft ausgetragen wurde, konnte mit 5:3 gewonnen werden. Für musikalische und gesangliche Unterhaltung sorgte eine Abteilung der Harmoniekapelle sowie die Postalia. Die Feier nahm den denkbar besten Verlauf.

Die Polizei berichtet:

Erwischter Fahrraddieb

Ein junger Mann von hier wurde gestern festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert, weil er am Arbeitsamt ein Fahrrad entwendet hatte.

Festnahme von Rosendieben

In vergangener Nacht wurden 4 Männer aus der Südstadt, die die Gartenanlagen östlich der Rüppurrer Straße heimgesucht und Rosen entwendet hatten, nach längerer Verfolgung vom Notruf und Revierbeamten festgenommen.

Badische Polizeimeisterschaften

In den Tagen vom 17. bis 19. Juni treffen sich in Karlsruhe die besten badischen Polizeisportler, um ihre Meisterschaften durchzuführen. Wie vielseitig die Körperschulung bei der badischen Polizei ist, zeigt uns das überaus reichhaltige Programm. Neben fast sämtlichen Wettkampfübungen in Leicht- und Schwerathletik sowie im Schwimmen, sind auch turnerische Meisterschaften im Neun- und Zwölfkampf, sowie an Reck, Barren und Pferd vorgesehen. Erstmalig in diesem Jahre werden auch Wettbewerbe im Ringtennis und Rhönrad ausgeschrieben. Besonderer Wert ist natürlich auf solche Zweige gelegt worden, wie sie im praktischen Dienst unserer Polizei benötigt werden, so im Jiu-Jitsu und im Rettungsschwimmen. Sehr interessant zu werden verspricht ein polizeilicher Sechskampf, der sich aus Schießen und Handgranatenwerfen, aus Radfahren, Schwimmen und Laufen, sowie aus einer geistigen Aufgabe zusammensetzt. Vertreter aus sämtlichen badischen Städten mit Staatspolizei werden an diesem interessanten Wettkampf teilnehmen, der in drei Altersklassen eingeteilt worden ist.

Den Abschluß der Meisterschaften, an denen sich neben den Staatspolizeibeamten auch Gendarmerie- und Gemeindepolizeibeamte beteiligen, bildet dann am Sonntag, den 19. Juni, in der Zeit von 3 Uhr bis 5.30 Uhr nachmittags auf dem Platze des Karlsruher Fußballvereins eine große Schauvorführung aus den verschiedensten Gebieten der Leibesübungen. So zeigen unter anderem einige hundert junge Polizeibeamte neuzeitliche Gymnastik; Kunstturnen an 10 Barren wechseln mit Uebungen an Sprossenwand und Gitterleiter ab; Pyramiden und Bodenturnen sind weitere Programmpunkte. Daß die Polizei auch in den Rasenspielen ihren Mann stellen kann, zeigen eingelegte Demonstrationsspiele in Hand-, Fuß- und Medizinball. Besonders zu erwähnen wären noch die Polizeimotorradfahrer, die beim Geschicklichkeitsfahren ihren Mut und ihre Fahrkunst unter Beweis stellen wollen.

Der Eintritt zu dieser großzügigen Werbeveranstaltung, wie auch bereits zu den Meisterschaftswettbewerben, die auf dem Polizeisportplatz und in Rappenwört zur Durchführung gelangen, ist völlig kostenlos. Während der ganzen Tage spielt die bestbekannte Polizeikapelle.

*

(:) **Beim Baden im Rhein ertrunken.** Der auf dem Gute Ludwigsau (Pfalz) beschäftigte 19jährige Karl Bader wurde gestern nachmittag beim Baden im Altrhein von einem Herzschlag betroffen und versank sofort. Man konnte die Leiche bald darauf bergen.

(:) **Großer Preisabschlag bei der Reichsbahn?** Man schreibt uns: Wie wir erfahren, hat der Eisenbahnsportverein am vergangenen Sonntag den Versuch unternommen, mit billigen Sonderzügen den Verkehr zu beleben und hat rund 1700 Personen für den Preis von 1 ℳ von Karlsruhe nach Wolfach und zurück geführt. Damit hat die Reichsbahn einen neuen Weg beschritten, der durch den Erfolg gezeigt hat, daß er richtig ist. Es ist hoch erfreulich festzustellen, daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe neuerdings dem Grundsatz huldigt: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen." Die Teilnehmer waren, wie man am Abend bei der Ankunft hier sehen konnte, durchaus hochbefriedigt. Die Durchführung dieser billigen Sonderzüge wird zweifellos die Sympathien der gesamten Bevölkerung auslösen. Wie wäre es, wenn die Reichsbahnverwaltung Karlsruhe einen Verwaltungssonderzug auf der gleichen Preisbasis jeden Samstag und Sonntag für die Allgemeinheit durchführen würde? Bei der starken Beteiligung ist die Rentabilität anscheinend gesichert. Falls die Vorbereitungen zu viel Mühe mit sich bringen würden, wird der Verkehrsverein sicherlich gerne diese Arbeiten übernehmen. Diese großzügige Förderung und Belebung des Fremdenverkehrs wird von der Fremdenindustrie lebhaft begrüßt werden. Dieser gelungene erste Versuch ist hoffentlich auch sonst der Bruch der Reichsbahn mit der bisherigen Tarifpolitik im Personenverkehr. Wünschenswert wäre, daß die Reichsbahn baldmöglichst bekannt gibt, wann die nächsten billigen Verwaltungssonderzüge geführt werden, da die Arbeiter und Angestellten mit den abgebauten Ferien und auch der notleidende Mittelstand diese billigen Sonntagssonderzüge sicherlich bevorzugen und vielleicht auch weitere Entlassungen bei der Reichsbahn in Wegfall kommen würden. Jedermann dürfte dieses als Lichtblick in dem grauen Alltag begrüßen.

(:) **Vorgärten und Verkehr.** Durch die Witterung begünstigt, haben sich auch in den Vorgärten die Pflanzen in einer Weise entwickelt, die in noch größerem Maße als in sonstigen Jahren verkehrsstörend oder auch verkehrsgefährdend wirkt. Wir machen daher auf die Aufforderung des städtischen Tiefbauamts im Anzeigenteil besonders aufmerksam. Der Verkehr, d. h. die Sicherheit aller die Straße Benutzenden, erfordert die Beseitigung aller Störungen.

(:) **Streichkonzert im Stadtgarten.** Nach längerer Pause wird das am kommenden Mittwoch von 16 bis 18½ Uhr im Stadtgarten vorgesehene Konzert des Philharmonischen Orchesters als Streichkonzert ausgeführt. Freunde dieser Konzertnachmittage seien auf das Solo des Herrn Robert Barth, der das D-moll-Konzert von Winiawsky zum Vortrag bringen wird, besonders aufmerksam gemacht.

(:) **Kinderheimkehr.** Am **Mittwoch, den 15. d. M.** abends 19.58 Uhr, kehren die vom Verein Jugendhilfe zur Kur in **Friedenweiler** und am **Freitag, den 17. d. M.,** nachmittags 15.53 Uhr, die in **Steinabad** untergebrachten Kinder hierher zurück.

Veranstaltungen

„Freie Menschen" Karlsruhe. Dienstag, 14. Juni, **abends 8 Uhr** Lichtbildervortrag „Rassenhygiene". Referent: Dr. med. Erbach.

Herr Schulenburg vor leeren Tischen und Bänken

Mit dieser ominösen Ueberschrift überschreibt der Führer der „Genasführten", dessen Auflage zur Hälfte wohl verschenkt wird, am 7. Juni 1932 einen Artikel, der, soviele Worte er hat, so viele Lügen enthält. Ich soll in der „Fortuna" in Ettlingen **eine Versammlung** abgehalten haben, bei der **genau 10 Mann erschienen waren.** O, Ihr belogenen Lügner.

Wahr ist an der ganzen Geschichte, daß wir wegen organisatorischen Fragen **11 Vertrauensmänner brieflich eingeladen,** von **denen 8 erschienen** sind, während die übrigen 3 sich entschuldigten.

Wer was anderes behauptet, lügt bewußt oder aus Unkenntnis. Allem Anscheine nach verwechselt der scheints pathologisch veranlagte Artikler seine Versammlungen mit denen des DMV. Wenn er sich deshalb ärgert, können wir ihm nachfühlen, aber wir —— „kondolieren".

Was das übrige Geschreibsel angeht, verzichte ich, darauf einzugehen, da ich besseres für die Arbeiterschaft zu tun habe, als mich mit Leuten auseinanderzusetzen, die man nur pathologisch bewerten kann. Nur eines noch: Ich soll einer der größten „Nazifresser" sein. Nein, nein, Ihr irrt Euch, die Kost überlasse ich anderen, denn nur bei dem Gedanken, einen solchen verspeisen zu müssen, wird mir übel. Ich soll ferner in der Festhalleversammlung erklärt haben: „Der Nazibetriebszellenleiter Plattner kann trotz seinen Betriebszellen usw." Ich weiß nicht, was dieser P. sich einbildet, daß ich seinen Namen in der Festhalle genannt haben soll. Ich glaube, daß dieses „Männeken" langsam dem Größenwahnsinn entgegeneilt. Ich „kondoliere" auch hierzu u. a. w. g.

G. Schulenburg.

*

(:) **Billiges Hühnerfutter** (zollfreier Weizen) wird jetzt, wie die Reichsmaisstelle mitteilt, auch an solche Hühnerbesitzer abgegeben, die im Stichtag (1. Dezember 1931) bei der Viehzählung keine Hühner angegeben hatten, weil sie damals keine besaßen oder die Anmeldung des Hühnerbestandes aus irgend einem Grunde unterlassen hatten. In solchen Fällen soll der Hühnerbestand vom 21. April 1932 maßgebend sein, der aber der Bezugsscheinstelle nachzuweisen ist. Im übrigen maß es nach Mitteilung der Reichsmaisstelle bei der Bestimmung verbleiben, daß, wenn am 1. Dezember 1931 ein Hühnerbestand gemeldet war, nach diesem der Bezug von Weizen berechnet wird, auch wenn jetzt viel mehr Hühner gehalten werden. Alle Anträge bezüglich Bezugscheine sind nach wie vor für Karlsruh an das Städt. Statistische Amt, Zähringerstraße 98, zu richten. Wie wir erfahren haben, sind bisher schon an 1200 Hühnerhalter Bezugsscheine über 67 500 Kilo Weizen für ca. 27 000 Hühner ausgestellt worden. Es würden also (gemessen am Stand vom 1. Dezember 1931) noch 1500 Hühnerhalter mit ca. 10 000 Hühnern fehlen; somit könnten noch ca. 25 000 Kilo Weizen für Karlsruhe bestellt werden. Alle diejenigen Hühnerbesitzer, die sich den billigen Weizen noch sichern wollen (er notierte vor kurzem an der Karlsruher Börse bis 11,50 ℳ je 100 Kilo), sollten umgehend Bezugsschein beantragen, da spätestens am 30. Juni die Bezugsscheine vom Importeur der Zollstelle vorgelegt werden müssen. Da auf dem Wege von Karlsruhe bis zum Importeur manche Verzögerung eintreten kann, ist Eile geboten. Selbstverständlich ist, daß es bei den letzten Anträgen mitunter schwierig sein wird, die Mindestmenge von 5000 Kilo, die nach den „Richtlinien" wünschenswert wäre, auf den Bestellisten zusammenzubringen. Wie wir vom Statistischen Amt erfahren, wird es jetzt wohl möglich sein, für etwas kleinere Mengen Bezugsscheine auszustellen, da die bisherigen Zusammenschlüsse der Hühnerhalter zu gemeinsamem Bezug z. T. weit über das Mindestmaß hinaus erfolgt sind. Gegebenenfalls ist das Statistische Amt bereit, weiteren Zusammenschluß von Bestellern zu vermitteln.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele

Noch selten wird Karlsruhe in der Erstaufführung so einen Film gesehen haben, wie gerade derjenige, der eben in den Badischen Lichtspielen jeweils 8.30 Uhr läuft. Der große Tobistonfilm heißt „Die Koffer des Herrn O. F." Die Idee des Filmes ist einfach ganz reizend, denn die Koffer des Herrn O. F. verirren sich in die verschlafene Kleinstadt Ostend und schaffen aus ihr kurzerhand eine Metropole voll Tempo und Leben. Auch das „Wie" ist witzig. Wie das plötzliche Wachsen des Städtchens beginnt, wie man den geheimnisvollen Herrn O. F. erfindet und wie sich diesem rätselhaften in Dunkel gehüllten Manne zuliebe das Wachstum des Städtchens vollzieht. Wie die Fabel weitergesponnen wird, ist sehr hübsch und einfallsreich. Dabei ist er künstlerisch wertvoll, sehenswert und vergnüglich. Er strahlt eine Fülle tonfilmästhetischer und geistiger Anregungen aus. Das Ganze hat vom Stoff her den Vorzug des Originellen, Unüblichen und Interessanten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck hat sich über Skandinavien verstärkt, so daß wir Luftzufuhr aus Nordwesten erhalten haben. Infolgedessen bringen die Nächte auch jetzt für die Rheinebene erfrischende Abkühlung, obgleich die Wärme am Tage durch Einstrahlung zu sommerlichen Werten steigt.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 15. Juni 1932: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Bulach

Freitag, 17. Juni, 20 Uhr, Parteiversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Parteimitglieder.

Frauenversammlung in Daxlanden

Am heutigen Dienstag abend 8 Uhr, findet im Volkshaus Daxlanden eine Frauenversammlung statt. Das Thema lautet: „Das Genossenschaftswesen". Die Genossinnen werden gebeten, sich zahlreich zu diesem Vortrag einzufinden, auch Volksfreundleserinnen sind willkommen.

Arbeiterwohlfahrt

Die Bezirksführerinnen werden zu der am Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im Alten Bahnhof, östlicher Flügel, stattfindenden Sitzung freundlichst eingeladen. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

*

Alle Familien, welche ihre Kinder in die **örtliche** Erholungsfürsorge bringen wollen, werden gebeten, baldmöglichst ihre Kinder anzumelden. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt entgegen und zwar: Montag von 9—12 Uhr, Mittwoch von 9—12 und 3—6 Uhr, Freitag 9—12 Uhr alter Bahnhof, östlicher Flügel, 2. Stock.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs).

		13. Juni		14. Juni	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	100 Fl.	170.63	170.97	170.63	170.97
Italien	100 L.	21.60	21.64	21.59	21.63
London	1 Pfd.	15.465	15.505	15.455	15.495
Newyork	1 Doll.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris	100 Fr.	16.61	16.65	16.605	16.645
Prag	100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	100 Fr.	82.27	82.43	82.12	82.28
Spanien	100 Pes.	34.67	34.73	34.67	34.73
Stockholm	100 Kr.	79.17	79.33	79.07	79.23
Wien	100 Schill.	51.95	52.05	51.95	52.05

Unser Freiheitsopfer!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands rüstet zur größten aller Wahlschlachten. Kampfesmutig und entschlossen nimmt sie den Entscheidungskampf mit der Reaktion auf; nicht ermüdet, nicht entmutigt durch die schon hinter uns liegenden großen Kämpfe dieses Jahres.

Allen Entbehrungen, aller Not und allem Terror zum Trotz harren die Massen, die dem Banner der deutschen Sozialdemokratie folgen, erneut in eiserner Front der schweren Aufgabe, vor welche die Auflösung des Reichstags sie stellt. Der Kampf erfordert nicht nur die Einsetzung aller Kräfte, er kostet auch Geld, viel Geld! Darum rufen wir allen Anhängern zu:

Bringt das Freiheitsopfer!

Niemand vergesse, daß dieser Kampf über sein eigenes Dasein und die Zukunft des ganzen schaffenden Volkes entscheidet! Niemand verfehle, das gigantische Ringen des werktätigen Volkes für Freiheit, Menschenrecht und menschenwürdiges Dasein zu unterstützen. Zum Kriegführen gehört Geld! Schafft Munition herbei! Es werden

Marken für 15 Pfennige und 50 Pfennige

ausgegeben, deren Erwerb Ehrensache aller Gesinnungsfreunde ist.

Wer nur wenig geben kann, gibt wenig, wer mehr hat, muß mehr opfern! Durch Erwerb und Besitz von Freiheitsmarken bezeugt jeder seine Verbundenheit mit der in heißester Wahlschlacht stehenden Partei des arbeitenden Volkes.

Drei Pfeile auf den Marken des Freiheitsopfers sind das Symbol aller Freiheitskämpfer.

Drei Pfeile fliegen dem Feind entgegen, der mit Lüge und Niedertracht den politischen Kampf führt.

Drei Pfeile sind Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit. In ihren Zeichen kämpfen die Massen.

Drei Pfeile sind das Symbol der **Kampfentschlossenheit,** der **Treue** und des **Glaubens an den Sieg.**

Liefert der Welt den überwältigenden Beweis, daß die deutschen klassenbewußten Arbeiter, Angestellten und Beamten für ihre große Sache zu kämpfen und zu opfern wissen. „Freiheit!" ist der Kampfesruf! Vorwärts im Zeichen der drei Pfeile! Durch Kampf zum Sieg!

Opfert auf dem Altar der Freiheit

Die Eiserne Front in Hessen

Der Kampf um den Hessischen Landtag wird von der Eisernen Front mit äußerster Energie und unter Einsatz aller Kräfte geführt. Für die Schlußwoche sind noch ungefähr 800 Versammlungen und Kundgebungen im ganzen Lande zur Durchführung vorgesehen. Führende Reichstagsabgeordnete, wie Vogel und Sollmann, der Reichsbannerführer Höltermann, kämpfen Schulter an Schulter mit den hessischen Landtagsabgeordneten und den vielen, die aus dem Reich gekommen sind, um die hessischen Republikaner in ihrer Propaganda und Arbeit zu unterstützen.

Mehr noch als schon bei den letzten Wahlkämpfen wird die Propaganda im Wahlkampf von der Eisernen Front aufs flache Land hinausgetragen. Eine wirkungsvolle Plakat-Propaganda vom Klebezettel bis zum Riesenplakat ergänzt die Rede- und Schriftpropaganda der Eisernen Front und ist über das ganze Land bis ins kleinste Dorf hin ausgedehnt.

In einem sehr starken Maße hat die Eiserne Front es verstanden, dem Wahlkampf und damit der gesamten Oeffentlichkeit die Symbole ihres Kampfes aufzuprägen. Die drei Pfeile sind überall zu sehen. Hessen ist heute wohl das Land, in dem es kein Hakenkreuz an irgendeiner Wand oder Mauer gibt, das nicht durch das Freiheitszeichen der Eisernen Front durchstrichen und zerstört wäre. An vielen Stellen ist ein scharfer Flaggenkrieg ausgebrochen, überall behaupten sich siegreich die Fahnen mit den eisernen drei Pfeilen. Der hessische Wahlkampf steht unter dem Zeichen der Eisernen Front.

Allgemeiner Arbeitsdienst

Das Heilrezept der **Hitlerbewegung** zur Eindämmung der **Arbeitslosigkeit** besteht nach wie vor neben der Empfehlung von Inflationsexperimenten in der Forderung auf **allgemeine Einführung des Arbeitsdienstes.** Aber nicht einmal die Unternehmer, die doch gewiß nichts gegen den vom Arbeitsdienst ausgehenden Lohndruck einzuwenden haben, scheinen von der wirtschaftlichen Güte dieses Heilrezepts überzeugt zu sein; denn **Der Arbeitgeber,** die Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, bringt in seiner neuesten Nummer einen Aufsatz von Dr. Syrup, dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der in der Arbeitsdienstfrage eher eine **Warnung** als eine Aufmunterung darstellt.

Syrup sagt, er würde es begrüßen, wenn aus der Zahl von 40 000 Arbeitsdienstwilligen eine Zahl von 400 000 würde, weil man auf diese Weise die jugendlichen Kräfte in starkem Maß von der Straße wegbringen und in irgendein geregeltes Arbeitsverhältnis überführen könnte. Aber wenn man auch mit einem Aufwand von 2 Mark pro Arbeitstag auskomme, so bedeute das bei 400 000 in acht Monaten die Aufbringung von etwa 160 Millionen, die man allerdings zum Teil in der Arbeitslosenversicherung erspare. Die Mittelfrage für die persönliche Betreuung sei also nicht ganz so brennend, aber das Kernproblem liege nach wie vor in der **Aufbringung der Kosten für die notwendigen Materialien.** Zu denken sei dabei in erster Linie an die Baustoffe, die Bereitstellung von Arbeitsgeräten usw.; denn man müsse darüber im klaren sein, daß die **Materialkosten** beim Bau von Straßen, Kanälen und Talsperren usw. doch ein **Vielfaches** betragen **gegenüber den persönlichen Kosten.** Zu befürchten sei, daß hierdurch eine **Kapitalentziehung** für die Industrie und eine Verengung des Kapitalmarktes eintrete, die vor Inangriffnahme solcher Arbeiten ernsthaft berücksichtigt werden müsse. Wenn man aber in den freiwilligen Arbeitsdienst die Material- und Rohstoffherstellung einbeziehen wolle, wenn man ihn also in Steinbrüchen, Ziegeleien, Zementfabriken, Sägewerken, Eisenkonstruktionswerkstätten und dergleichen einführe, so habe ein solcher Eingriff des Arbeitsdienstes in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse große grundsätzliche Bedeutung und schwerste ernsthafte Folgen für die Privatwirtschaft. Daran ändere auch nichts der immer wieder gebrachte Hinweis auf die in Bulgarien durchgeführte Arbeitsdienstpflicht. Dort sein die Voraussetzungen ganz andere und sie seien nicht auf deutsche Verhältnisse so ohne weiteres übertragen, wie dies nur zu leicht in Unkenntnis der Sachlage getan werde.

Soziale Rundschau

Die Junker an der Arbeit. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates forderte Kammerherr von Oldenburg-Januschau eine Notverordnung folgenden Inhalts: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Arbeitskraft zu verwerten, wie und wo er will." Der Junker behauptete, daß die „Bonzokratie" zum Schaden der Gesamtwirtschaft noch vorhandene Arbeitsmöglichkeiten lediglich aus tariflichen Gründen verhindere. Das ist das neue „Sozialprogramm" der Regierung Papen-Schleicher: **der Arbeitgeber macht mit dem Arbeiter, was er will.** Nichts anderes erstrebt die von Oldenburg-Januschau geforderte Notverordnung, die praktisch eine Unterbindung jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit bedeutet.

Mietersorgen um das Dach überm Kopf. Die Regierung Papen-Schleicher will angeblich die **moralischen** Kräfte der Nation stärken. Diese Kräfte haben ihre Wurzel in der Familie und diese wieder in einem gesunden Heim. Was plant aber die neue Regierung? Die Rechtspresse teilt mit, in der **Wohnungszwangswirtschaft** werde bestimmt eine **Aenderung** vorgenommen. Es sei damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die Zwangswirtschaft ganz aufgehoben werde und damit auch die entsprechende Abteilung im Reichsarbeitsministerium. Diese Pläne gaben dem **Bund deutscher Mietervereine** (Sitz Dresden) Veranlassung, sich mit einem Telegramm an den Reichspräsidenten zu wenden. Es heißt darin, **jede weitere Lockerung** innerhalb der Wohnungswirtschaft müsse notwendigerweise für weiteste Kreise **schwerste Sorge um das Dach über dem Kopf,** also weitere Heimatlosigkeit bedeuten und stelle damit einen unvereinbaren Widerspruch dar mit dem Heimstättenversprechen des Herrn Reichspräsidenten an die Kriegsteilnehmer. Der Reichspräsident müsse weiteren Lockerungsmaßnahmen die Zustimmung versagen.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5

Dienstag, 14. Juni, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im „Gambrinus" (Ludwigsplatz). Vollzählig und pünktlich erscheinen!

Veranstaltungen

Dienstag, den 14. Juni 1932:

Badisches Landestheater: Margarethe. 20 Uhr.
Colosseum-Garten: Abends Gartenkonzert.
Badische Lichtspiele: Die Koffer des Herrn O. F. Das Land der 1000 Wunder. 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Unter falscher Flagge. Beiprogram.
Kammer-Lichtspiele: Die Frau von der man spricht.
Palast-Lichtspiele: Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel. Singing Babies. Ufa-Wochenschau.
Residenz-Lichtspiele: Helden der Luft. Tanz-Farben-Tonfilm. Lorenzi-Tag im Gailtal in Kärnten.
Schauburg: Der Stolz der 3. Kompagnie. Gutes Beiprogramm.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

Mittwoch, den 15. Juni:

Weingarten: Abends 8 Uhr im Jugendheim Mitgliederversammlung der SAJ. mit Vortrag von Gen. Trinks über „Das Heidelberger Programm".

Freitag, den 17. Juni:

Rastatt: Abends 8 Uhr im Hotel „Kreuz" Mitgliederversammlung mit Referat über „Die durch den Sturz des Kabinetts Brüning geschaffene politische Lage und die Haltung der Partei". Referent: Gen. Schöpflin-Karlsruhe.

Samstag, den 18. Juni:

Gochsheim, Amt Bretten: Abends ½9 Uhr Versammlung von Gesinnungsgenossen und politisch auf unserem Boden stehenden Gewerkschaftlern und Volksfreundlesern. Gen. Uhl-Karlsruhe spricht. Thema: Was hat die Arbeiterschaft von dem Kabinett Papen zu erwarten? Lokal wird noch bekannt gegeben.

Sonntag, den 19. Juni:

Kürnbach: Mittags 3 Uhr Versammlung der Mitglieder unserer Partei, Gesinnungsgenossen, Volksfreundlesern und politisch auf unserem Boden stehenden Gewerkschaftlern. Gen. Uhl-Karlsruhe spricht über das Thema: Was hat die Arbeiterschaft von dem Kabinett Papen zu erwarten?

*

Vortragszyklus

Heute,

Dienstag, den 14. Juni,

findet, wie bisher, im Handarbeitssaal der Hebelschule (Ecke Markgrafen- und Kreuzstraße), abends 8 Uhr pünktlich der 5. Vortrag über:

„Konjunktur und Krisen"

statt. Referent: Gen. Rechtsanwalt Haas-Karlsruhe.

Genossen und Genossinnen! Gewerkschaftler, soweit ihr politisch auf unserem Boden steht, besucht auch diesen hochinteressanten, die Probleme unserer Zeit behandelnden Vortrag zahlreich!

Das Parteisekretariat.

*

Der Volksfunk.

Auf dem Rummelplatz, in den Vergnügungspark der kleinen Leute, führt die neueste Nummer des „Volksfunk". „Wackeltreppe" und „Plastische Darbietungen" werden in ausgezeichneten Bildern vorgeführt und der Text gestattet einen Blick in die Verhältnisse der „fahrenden Leute". Aufnahmen vom Fußballspiel und neue Sportbekleidung, Film und Funk, „Bastelmeister", Kochzettel und ärztlicher Ratgeber vervollständigen das mit dem Programm aller europäischen Sender ausgestattete Heft. Es kann bei jeder Postanstalt für 96 Pfg. monatlich einschließlich Zustellgebühr, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man in der nächsten Buchhandlung oder vom „Volksfunk"-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Tagungen

68. Jahreshauptversammlung des Bad. Schwarzwaldvereins in Konstanz a. B.

In überaus großer Zahl hatten sich die Ortsgruppenvertreter des Badischen Schwarzwaldvereins zur 68. Jahreshauptversammlung vom Samstag und Sonntag in Konstanz eingefunden. Die Tagung wurde mit einem Begrüßungsabend im unteren Konzilsaal eröffnet, der sehr stark besucht war.

Am Sonntag vormittag 9 Uhr begann im Konzil die eigentliche Jahreshauptversammlung, die vom Präsidenten des Vereins, Universitätsprofessor Dr. Hans Schneiderhöhn, geleitet wurde. Die eigentliche Tagesordnung war in knapp einer Stunde erledigt. Von 92 Ortsgruppen waren 70 vertreten. Der Jahresbericht für 1931 und die Rechnung wurden ohne Aussprache genehmigt, desgleichen der Voranschlag für 1932. In dem Jahresbericht wurde u. a. ausgeführt, daß der Verein über 93 Ortsgruppen (bisher 94) mit (19 135 (bisher 20 555) Mitgliedern am Jahresende verfügte. Neben dem Oltmannschen „Pflanzenleben des Schwarzwaldes" ist jetzt ein geologisch-geographisches Werk über den Schwarzwald in Angriff genomen worden. Die Kartenwerke des Badischen und des Württembergischen Schwarzwaldvereins werden in Zukunft gemeinsam herausgegeben. Eine Uebersichtskarte für den Schwarzwald im Maßstab 1 : 400 000 wird herausgebracht werden. Die Höhenwege des Schwarzwaldes gewinnen immer mehr Bedeutung für den Wanderer und den Fremdenverkehr. Ihrem Ausbau und der Schafung neuer Wege wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der Jahresbeitrag für 1932 wurde auf 4.50 ℳ festgesetzt und der Vorstand ermächtigt, für das nächste Jahr eine entsprechende Beitragsermäßigung vorzunehmen. Die Neuwahlen waren rasch erledigt, da sich sämtliche Herren des Vorstandes wieder zur Verfügung stellten. Als Tagungsort für 1933 wurde Achern bestimmt.

Zum Schluß wandte sich der Vorsitzende gegen die Verschandelung des Landschaftsbildes durch unpassende Plakate und schloß mit einem Dankeswort nach allen Seiten.

Verbandstag der Badischen Grund- und Hausbesitzervereine

Der 30. ordentliche Verbandstag der Badischen Grund- und Hausbesitzervereine in Offenburg war aus dem Lande sehr gut besucht. Die Tagung am Samstag galt den Beratungen des engeren Vorstandes. Am Sonntag vormittag tagte der erweiterte Vorstand unter Teilnahme der Delegierten. — Der Kassenbericht ergab Einnahmen von 61 803 ℳ und Ausgaben von 61 106 ℳ. Das Vermögen des Verbandes vergrößerte sich um 397 ℳ und beträgt 31 116 ℳ. Kassenbericht und Bilanz wurden einstimmig genehmigt. Der Voranschlag, der in Ein- und Ausgaben mit rund 33 000 ℳ abschließt, fand ebenfalls Annahme. Die Wahlen ergaben keinerlei Neuerungen. Es wurde der alte Vorstand mit von Au als Präsident, Sator als Schriftführer und Kaufman Max Bub als Rechner, sämtliche in Mannheim, wiedergewählt. Damit waren die eigentlichen geschäftlichen Beratungen erschöpft. — Es folgte dann eine Kundgebung im großen Dreikönigssaal mit zwei Referaten. Der Syndikus Dr. Reinhard (Berlin) sprach über den Hausbesitzer als Steuerträger, über Gegenwartsprobleme und Zukunftsaufgaben der Hausbesitzer. Dann sprach Architekt Willet (Karlsruhe) über die Stellungnahme des Landesverbandes der Grund- und Hausbesitzervereine zur Gebäudeversicherungsanstalt.

Aus der Stadt Durlach

Parteiversammlung. Die gutbesuchte Versammlung nahm zunächst den Bericht des Genossen Pfalzgraf aus der letzten Kreisvorstandssitzung entgegen, in deren Mittelpunkt die Reichstagskandidatenfrage stand. Nach einer lebhaften, angeregten Aussprache wurden die vier Delegierten zur Wahlkreiskonferenz bestimmt. Im Anschluß daran fand eine kurze Aussprache über den kommenden Landesparteitag statt, zu welchem einstimmig beschlossen wird, Genosse Pfalzgraf als Delegierten zu entsenden. Sodann werden die weiteren Wahlvorbereitungen getroffen.

Aus aller Welt

Schweres Autounglück

Hagen, 13. Juni. Heute nachmittag ereignete sich hier ein schweres Autounglück. Ein Lieferwagen mit Sängern aus Sterkrade sauste aus bisher noch unbekannter Ursache in einer Kurve die Böschung hinunter und überschlug sich. 27 Personen sind mehr oder minder schwer verletzt worden.

Vier Todesurteile in Iglau

WTB. Iglau, 13. Juni. Das Geschworenengericht verurteilte vier ehemalige Häftlinge des Kreisgefängnisses zum Tode durch den Strang. Die Angeklagten hatten im Herbst vergangenen Jahres bei einem Fluchtversuch einen Gefangenenaufseher getötet und einen anderen schwer verletzt.

Kapitänleutnant a. D. wegen Vergehens gegen die Devisenbestimmungen verurteilt

WTB. Leipzig, 13. Juni. Das gemeinsame Schöffengericht verurteilte heute den 40 Jahre alten Vertreter und früheren Kapitänleutnant Kurt Hermarck aus Leipzig wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung zu acht Monaten Gefängnis und 37 000 Mark Geldstrafe oder weiteren sechs Monaten Haft. Der Angeklagte war Mitte Februar nach Zürich gefahren, kaufte dort deutsche Wertpapiere zu geringerem Kurs, brachte diese nach Deutschland, wo er sie mit Gewinn verkaufte.

Erwerbslosenkundgebungen in Stockholm

Stockholm, 13. Juni. Unter kommunistischer Führung fanden heute abend große Erwerbslosenkundgebungen statt, die in verschiedenen Straßen zu Tumulten führten. Polizei zu Fuß und zu Pferde mußte mit blanker Waffe vorgehen, um die Straßen freizumachen. Mehrere Personen wurden festgenommen. Ein Vordringen der Demonstranten zum Stadthaus, wo eine Stadtverordnetensitzung stattfand, wurde von der Polizei verhindert.

Karbidbüchse gegen das Wiener Parlamentsgebäude geschleudert

Wien, 13. Juni. Gegen ein Parterrefenster des Parlamentsgebäudes wurde heute früh von Unbekannten eine mit Karbid gefüllte Blechdose geschleudert. Das Fenster wurde zertrümmert. Die Polizei untersucht noch, ob es sich um einen Anschlag oder einen groben Unfug handelt.

Der Münchener Eisenbahnerbankprozeß

In dem Münchener Prozeß gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der im Jahre 1930 zusammengebrochenen **Bayerischen Eisenbahnerbank** wurde das **Urteil** verkündet. Der Hauptangeklagte Direktor Bergmeier erhielt wegen fortgesetzter aktienrechtlicher Untreue, fortgesetzter Vergehen der Bilanzverschleierung und Vergehens gegen das Depotgesetz **1 Jahr Gefängnis** und 1000 Mark Geldstrafe. Der zweite Direktor Belkmer wurde wegen der gleichen Delikte zu **6 Monaten Gefängnis** und 800 ℳ Geldstrafe verurteilt. Die mitangeklagten vier Aufsichtsräte wurden **freigesprochen.**

Reklame oder Einbruch?

In dem Büro einer Berliner Druckzeitschrift in der Blücherstraße im Südwesten Berlins wurde in der Samstagnacht ein mysteriöser Einbruch verübt. Einbrecher versuchten, allerdings vergeblich, zwei Geldschränke aufzuschweißen und warfen, als ihnen das nicht gelang, Schreibtischfächer, Schränke und Kommoden durcheinander. Von den in dem Büro vorhandenen Wertgegenständen nahmen die Eindringlinge kein Stück an sich. Herausgeber der heimgesuchten Zeitschrift ist jener unliebsam bekannt gewordene **Schlüsselromanfabrikant Reinhold Scharnke,** der kürzlich **wegen Beleidigung des Berliner Funkintendanten Flesch** zu einer größeren Geldstrafe verurteilt worden ist. Herr Scharnke, eine vor seinem Prozeß völlig unbekannte Persönlichkeit, behauptet natürlich, man habe es bei dem Einbruch auf die Erbeutung bestimmter Aktenstücke abgesehen. Die Polizei neigt allerdings eher zu der Ansicht, daß es sich hier um gewöhnliche **Geldschrankknacker** gehandelt hat

Begnadigung eines zum Tode Verurteilten

Stuttgart, 14. Juni. Der Landwirt Karl Schmitt aus Semprechtshausen, der in Gemeinschaft mit seiner wegen Totschlags verurteilten Ehefrau deren neugeborenes Kind ertränkt hatte und dafür zum Tode verurteilt worden war, wurde mit Rücksicht auf seine verminderte Zurechnungsfähigkeit zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Folgen einer Wette

Am U-Bahnhof Spittelmarkt in Berlin entstand das Gerücht von einem verwegenen Raubüberfall auf die Bahnhofskasse. Als Bahnbeamte hinter zwei jungen Leuten, die in eiligstem Tempo die Sperre passierten, herjagten, alarmierten Passanten Ueberfallkommando und Raubdezernat. Der Vorfall klärte sich dann höchst harmlos auf. Zwei junge Leute hatten eine Wette dahingehend abgeschlossen, daß es ihnen möglich sein werde, ohne Fahrkarten die Sperre zu passieren.

Zehn Personen durch stürzenden Baumast verletzt

Hamburg, 13. Juni. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich heute mittag auf einem Schulhof am Weidenstieg. Von einem dort stehenden Akazienbaum brach plötzlich ein schwerer Ast ab und stürzte in eine vor einer Wohlfahrtsstelle stehende Menschengruppe. Zehn Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Jugend-Veranstaltungen

Wochenprogramm der SAJ

Groß-Karlsruhe.

Dienstag: Um 20 Uhr im Jugendheim Sprechchorprobe. Alle Gruppen beteiligen sich daran.

Mittwoch: S.S.G.: Im J.d.A.-Heim Unterhaltungsabend. — **SAJ.-Falken:** Kein Gruppenabend wegen Sprechchorprobe.

Donnerstag: Groß Karlsruhe: Sprechchorprobe im Waldheim.

Freitag: Spielmannszug: 20 Uhr: Uebung im Volksfreund.

Samstag: Samstag und Sonntag findet unser Spiel- und Sporttag in Pforzheim statt. Wir beteiligen uns vollzählig daran. Alles Nähere und Anmeldung am Dienstag im Jugendheim.

Weingarten

Mittwoch, den 15. Juni: Vortrag von Gen. Trinks über „Das Heidelberger Programm". Vollzähliges und pünktliches Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht. Parteigenossinnen und Parteigenossen sind herzlich eingeladen.

Ettlingen

Dienstag, 14. Juni: Unterhaltungsabend.
Freitag, 17. Juni: Liederstunde.
Sonntag, 19. Juni: Spiel- und Sporttag in Pforzheim. Näheres in den Gruppenabenden.

•

SAJ. Unterbezirksleitung. Am Donnerstag, den 16. Juni, abends 6 Uhr, im Sekretariat der SPD. Fortsetzung der Besprechung über Wahlarbeiten. Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Groß-Karlsruhe

Gruppe Ost: Rote und Jungfalken: Mittwoch, 6—8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe Süd: Rote und Jungfalken: Mittwoch, 6—8 Uhr, Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe West: Rote und Jungfalken: Mittwoch, 5—7 Uhr, Zusammenkunft an der Gutenbergschule.

Gruppe Daxlanden: Rote Falken: Samstags von 5—7 Uhr, Zusammenkunft in der Zuflucht.

Jungfalken: Mittwochs von ½3—½5 Uhr, Zusammenkunft in der Zuflucht.

Gruppe Rüppurr: Samstag 3 Uhr, Zusammenkunft im Kindergarten.

Alle Falken von Groß-Karlsruhe, die Interesse am Sportein haben, treffen sich über den Sommer jeden Samstag mittag von 4 Uhr ab auf dem Freien Turnerschaftsplatz, woselbst sie in allen Sportarten unterwiesen werden.

Helfer: Diese Woche keine Sitzung.

Ettlingen

Dienstag, 14. Juni: Von 5 bis 7 Uhr Reigenprobe.
Freitag, 17. Juni: Von 5 bis 7 Uhr Unterhaltung.

Weingarten

Rote Falken: Mittwoch, den 15. Juni, abends 7 Uhr im Heim Zusammenkunft.

Jungfalken: Samstag frei.

Durlach

Jung- und Nest-Falken: Mittwoch, 15. Juni, nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft im Horst.

Rote Falken: Mittwoch, 15. Juni, nachmittags ½6 Uhr im Horst Arbeitsgemeinschaft. Seid pünktlich und erscheint vollzählig.

Achtung! Helfer! Am Dienstag, 14. Juni, abends 8 Uhr findet im Horst eine außerordentliche Helfersitzung statt. Wir bitten um Pünktlichkeit.

Konzerte

Stiftungskonzert der „Freiheit" Forchheim

Die „Freiheit" Forchheim gehört nun auch schon zu den „alten" Vereinen. 25 Jahre steht der Verein im Dienste der Arbeitersängerbewegung. Forchheim ist ein guter Boden für die moderne, freiheitlich gesinnte, klassenbewußte Arbeiterschaft. Einer guten Parteiorganisation mit tüchtigen Führern steht eine emsige Arbeitersportbewegung zur Seite, und eine nicht minder starke Arbeitersängerschaft im **Arbeitergesangverein „Freiheit".** Ein Vierteljahrhundert ist eine verhältnismäßig kurze Zeit, und doch bedeutet diese Zeitspanne weit mehr wie früher, eine Zeit harter, schwerer Kämpfe. Die Bekämpfung durch die Behörden der Vorkriegszeit wurde abgelöst durch die Erschütterungen des Krieges, durch die Nöte der Nachkriegszeit und jetzt durch das Elend der Wirtschaftskrise. Immer hieß es kämpfen, ringen um die Existenz. Welcher Idealismus gehörte dazu, welches tiefe Gefühl der Solidarität, dennoch trotz alledem unerschüttert und treu zur Fahne der Arbeiterkultur, des Arbeitergesanges zu halten. Die „Freiheit" Forchheim hat, wie so viele ihrer Brudervereine in allen Zeitläuften durchgehalten. Ein kleines Glied der Gesamtarbeiterbewegung und dennoch ein sichtbarer Gegenbeweis des leichtfertigen Wortes eines Reichskanzlers vom moralischen Niedergang des Volkes. Jeder kleinste Arbeitergesangverein straft dieses frivole Wort Lügen! —

Das Konzert, das die „Freiheit" Forchheim anläßlich ihres 25. Geburtstags im vollbesetzten Saale des Volkshauses gab, trug eine klassische Linie. Mozart, Schubert, Brahms, Namen, die eine **klassische Linie.** Mozart, Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Robert Schumann, Brahms, Namen, die erst durch die Arbeitersänger auf dem Lande — und auch in der Stadt! — bekannt wurden. Oskar Küst, der Vereinsdirigent, hat diese aufsteigende Linie aufgebaut; schon an der Programmaufstellung ist zu erkennen, daß der Leiter und musikalische Führer des Vereins Kenner ist, daß er Geschmack besitzt. Der Verein singt als **gemischter Chor.** Das Stimmaterial ist bestens ausgeglichen, die Frauen- und Männerstimmen klingen prachtvoll zusammen; kein Lied war eine Niete. Herr Oskar Küst hat seinen Chor ganz ausgezeichnet geschult, auf alles, Aussprache, Tonreinheit, Dynamik, ist Rücksicht genommen, keine Vorschrift der Partitur ist übersehen. Und so kam ein Singen zustande, das nach jeder Richtung hin befriedigen konnte. Die zwei Tendenzchöre fügten sich bestens in das Programm ein, sie wurden mit sichtlicher Begeisterung gesungen. Die „Freiheit" hat das Meisterstück ihrer musikalisch-gesanglichen Leistungsfähigkeit an ihrem 25. Stiftungsfeste abgelegt.

Als Solistin hatte sich die „Freiheit" Frau Emmy Küst vom Staatstheater Wiesbaden verschrieben. Eine glückliche Wahl! Der Sopran hat Farbe, klingt rein und klar, das Singen von Frau Küst zeugte von Kultur, sie sang Schubert mit tiefster Verinnerlichung, wie sie auch die Schönheiten der Lieder von Schumann und Brahms voll ausschöpfte. Herr Hans Albrecht Mann-Karlsruhe begleitete am Klavier flott, sicher und unaufdränglich. — Dem Chor wie dem Dirigenten und der Solistin dankte die Hörerschaft für den geistreichen Abend auf das herzlichste. r—

Wasserstand des Rheins

Basel 109, gef. 3; Waldshut 307, gef. 3; Schusterinsel 172, gef. 4; Kehl 318, gef. 4; Maxau 495, gef. 1; Mannheim 368, gef. 13; Caub 275, gef. 13 Zentimeter.

Auskünfte der Redaktion

Nr. 200. Zur Beantwortung Ihrer Anfrage müssen wir wissen, welchem Beruf und welcher Berufsgruppe das Mädchen angehört.

Muggensturm. Eine Frist ist nicht gesetzt, aber es ist selbstverständlich, daß derlei Eingaben nicht zu lange hinausgeschoben werden können. Fragen Sie deshalb noch einmal an. Beschwerdeinstanz ist das Bezirksamt.

L. 200. Sie können zur Zeugenaussage vor dem Gemeindegericht nicht gezwungen werden.

Hohenwettersbach. Unseren Erkundigungen bei verschiedenen Juristen zufolge können Sie den Zaun auf die Grenze setzen. Wie uns versichert wird, dürften für Sie im Streitfalle keine Kosten entstehen. Eine Garantie in Prozeßsachen können wir jedoch keinesfalls übernehmen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 11. Juni: Robert Philipp, Brunnenmacher, Witwer, alt 79 Jahre, Beerdigung am 14. Juni, 18 Uhr, in Bulach. Irene, alt 4 Monate 9 Tage, Vater Arthur Wind, Schlosser, Beerdigung am 14. Juni, 14 Uhr. — 12. Juni: Mina Brucher, alt 57 Jahre, Witwe von Theodor Brucher, Schlossermeister (Bruchsal). Maria Stiegeler, alt 78 Jahre, Köchin, ledig. Beerdigung am 14. Juni, 14.30 Uhr. Anna Wolf, alt 87 Jahre, Witwe von Alfred Wolff, Generalmajor, Feuerbestattung am 14. Juni, 11 Uhr. Elise Zerr, alt 24 Jahre, Fabrikarbeiterin, ledig. Beerdigung am 14. Juni, 15 Uhr, in Mühlburg. Paul Bundschuh, Schüler, alt 14 Jahre. Beerdigung am 14. Juni, 14 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kleine bad. Chronik

Starkstromunfälle

Stockach, 13. Juni. Der 32 Jahre alte Zimmermann Franz Winter aus Oberschwangau, Sohn des dortigen Bürgermeisters, geriet beim Aufrichten einer Leiter an einem Neubau an die elektrische Leitung und wurde auf der Stelle getötet.

Ueberlingen, 13. Juni. Der Monteur des Elektrizitätswerks Karl Weikard kam am Sonntag morgen den elektrischen Drähten zu nahe. Er konnte nur mit schweren Verbrennungen im Gesicht und an den Händen aus dem Strombereich gerettet werden.

Schwere Motorradunfälle

Nußloch (Amt Wiesloch), 12. Juni. Der Mechaniker Gustav Schäfer von hier ist in der Nacht zum Freitag in Sandhausen auf der Heimfahrt mit dem Motorrad infolge starken Nebels gestürzt. Er erlitt schwere Verletzungen und mußte in die Heidelberger Klinik verbracht werden. Auch sein Sozius wurde erheblich verletzt.

*

Mühlhausen (Amt Wiesloch), 12. Juni. Die Frau des Landwirts Anton Reiß jun. wurde mit ihrem 4jährigen Söhnchen am Samstag abend von einem Lastauto angefahren. Die Frau kam zu Fall und erlitt schwere innere Verletzungen sowie Hautabschürfungen. Das Kind geriet unter den Anhänger, der ihm über die Schulter ging. Der Knabe wurde ins Heidelberger Krankenhaus verbracht; sein Zustand ist bedenklich.

Neuweier (Amt Bühl), 13. Juni. Der 21jährige Eugen **Knopf**, rannte mit dem Motorrad in voller Fahrt auf eine Hauswand und zog sich einen **schweren Schädelbruch** zu.

Weinheim, 13. Juni. **Mysteriöser Todesfall.** Hier starb plötzlich ein Schwager des bekannten Industriellen Freudenberg, Professor von Bader. Nach den bisherigen Feststellungen hat von Bader eine stark gifthaltige Medizin eingenommen. Es liegt vermutlich eine Verwechslung der Medikamente vor. Die Untersuchung muß den mysteriösen Todesfall klären.

Philippsburg, 13. Juni. **Aufsehenerregende Verhaftung.** Der Inhaber der Drogengroßhandlung „Teefabrik Herbaria-Kräuterhaus", Karl **Walder,** der gleichzeitig Bürgermeisterstellvertreter ist, und seine Frau sind verhaftet worden, als sie im Begriff waren, am Bahnhof in einen Zug zu steigen. Die Verhaftung soll erfolgt sein wegen des Verdachts der Verschleppung größerer Vermögenswerte in das Ausland. Walder gilt als sehr reich, da er es verstanden hat, mit seinen Heiltees und Heilkräutersorten sich eine Monopolstellung auf dem Drogenmarkte zu sichern. Auch der Geschäftsführer des Herbaria-Kräuterhauses wurde festgenommen. Diese Verhaftung, die schon einige Zeit zurückliegt, erfolgte aber wegen eines anderen Delikts, nämlich wegen Meineidsverdachts.

Sulzburg, 13. Juni. **Unter schwerem Verdacht festgenommen.** Festgenommen wurde dieser Tage der Dentist Gustav **Bloch** von hier. Wie die Markgräfler Nachrichten melden, soll er sich an einem 16jährigen Mädchen, das zu ihm in die Praxis kam, vergangen haben.

Schönau i. W., 13. Juni. Ein **„musterhafter" Patensohn.** Der ledige Wilhelm Steinebrunner verlangte seine Patin im Krankenhaus zu besuchen, die dort totkrank darniederliegt. Er wurde ins Krankenzimmer gebracht und versuchte, die alte Frau zu bereden, ihm das Sparkassenbüchlein und einen Teil der Rente zu geben. Als dies erfolglos war, begann er kurzerhand das **Bett zu durchsuchen.** Die Krankenschwestern waren außerstande, den Mann aus dem Zimmer zu bringen, so daß die Polizei gerufen werden mußte. Auf dem Transport versuchte Steinebrunner den Gendarmen zu überwältigen. Erst einem zweiten Gendarmen, der mit einem Gummiknüppel zu Hilfe eilte, gelang es, Steinebrunner zu überwältigen. Er wurde nach Schopfheim ins Amtsgefängnis verbracht.

*

Ende der ADAC.-3-Tagefahrt durch den Harz

Die schwerste motorsportliche Prüfung des Jahres.

Mit großen Erwartungen haben alle Freunde des Motorsports die A.D.A.C.-Dreitagefahrt begonnen. Nachdem nunmehr am Sonnabend, den 11. Juni die Veranstaltung in Schierke beendet worden ist, kann man wohl sagen, daß man sich nicht zu viel versprochen hatte, sondern daß sogar alle Erwartungen übertroffen wurden. Die Dreitagefahrt hat von jeher als eine schwere Prüfung gegolten. Den interessierten Beobachtern an der Strecke wurde besonders an den zahlreichen, engen, steilen und geröllreichen Hangfahrten klar, wie sehr jeder Fahrer seine Maschine in der Hand haben mußte und wie hochwertig das Material sein muß, um diese Prüfungen auszuhalten. Von insgesamt 235 Fahrzeugen sind 181 ans Ziel gelangt, und zwar teilt sich dies Ergebnis in 17 Kraftwagen bis 1155 ccm Hubraum, 43 Kraftwagen über 1155 ccm, 92 Motorräder über 250 ccm, 14 Motorräder bis 250 ccm, 8 Motorräder mit Seitenwagen über 600 ccm. Die zahlreiche Beteiligung erschwert die sofortige Errechnung der Endresultate, so daß wahrscheinlich noch einige Fahrzeuge durch zu viele Strafpunkte bei der Endwertung ausfallen.

Die Organisation der Fahrt klappte ganz ausgezeichnet. Auch die beteiligte Industrie hatte alles darangesetzt, den Fahrern die Anstrengungen zu erleichtern. In der großen Mehrzahl wurde von diesen auch deutsche Erzeugnisse, Continental-Reifen und B.V.-Aral, bevorzugt. Besondere Anerkennung verdient die Tankorganisation der großen Betriebsstoff-Gesellschaften, die an allen Plätzen mit Tankwagen und geschultem Personal den Tankvorgang wesentlich beschleunigten.

Das Gesamtprädikat: Vorzüglich, für alle die an der Fahrt mitgewirkt haben, ist nicht übertrieben. Für alle knüpft sich daran das Bedauern, daß es nun zu Ende ist, aber auch der Wunsch: Im nächsten Jahr wiederum ein solche Veranstaltung.

Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt am 13. Juni. Zufuhren: 35 Ochsen, Preise: 30—34, 28—30, 27—29, 25—27, 23—25, 22—23. 42 Bullen, 25—26, 22—23, 21—22, 18—21. 32 Kühe, 20—25. 127 Färsen, 31—35, 23—29. 175 Kälber, 42—44, 39—42, 35—39, 23—28. 1049 Schweine, 40—42, 41—44, 38—42, 36—38, Sauen 28—32. Gesamtzufuhr 1460 Stück.

Notiz: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Großvieh, langsam, geringer Ueberstand, Schweine langsam, erheblicher Ueberstand, Kälber langsam geräumt.

Gemeindepolitik

Sozialdemokratischer Bürgermeister in Steinbach, Ts.

Bei der Bürgermeister-Stichwahl in Steinbach wurde der sozialdemokratische Kandidat Jean Heinrich mit 350 von 715 abgegebenen Stimmen gewählt. Der parteilose Gegenkandidat und bisherige Bürgermeister Karl Molitor, der von allen bürgerlichen Gruppen und den **Nationalsozialisten unterstützt** wurde, erhielt 345 Stimmen. Ferner waren 19 kommunistische und eine ungültige Stimme abgegeben worden.

Erfolglose Bürgermeisterwahl in Forst

Forst (bei Bruchsal), 13. Juni. Beim gestrigen dritten Wahlgang für den Bürgermeister ist wieder die erforderliche Stimmenzahl von 28 nicht erreicht worden. Es erhielten Blum (Zentrum) 24 Stimmen, der Nationalsozialist Huber 17 Stimmen und der Sozialdemokrat Böser (Bürgermeisterstellvertreter) nur 8 Stimmen. Nun wird der Posten kommissarisch besetzt.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

vom Monat Mai 1932.

Sterbefälle: Friedrich Weigel, Landwirt, Witwer, 73 Jahre. Lilli Anna Preiß, Kind, 3 Monate. Hilda Josefine Haas, ohne Beruf, ledig, 20 Jahre. Wolfgang, genannt Paul Ach, Hausmeister, Ehemann, 62 Jahre. Ludwig Brückner, Stationsmeister i. R., Witwer, 88 Jahre. Karoline Dill, geb. Heidt, Witwe, 79 Jahre. Anna Karolina Schweizer geb. Erb, Ehefrau, Grötzingen, 35 Jahre. Karoline Sofie Poß geb. Bolz, Ehefrau, 46 Jahre. August Fels, Privatier, Ehemann, Karlsruhe, 73 Jahre. Luise Anna Kasper, geb. Bär 62 Jahre. Maria Albertine Schwiers geb. Scherwitz, Ehefrau, 61 Jahre. Getrud Weber, ohne Beruf, ledig 25 Jahre. Luise Reich, geb. Götze, Ehefrau, 55 Jahre. Dorothea Karoline Bissinger, geb. Frank, Witwe, 84 Jahre. Sophie Wilhelmine Kleiber, geb. Nästle, Ehefrau, 76 Jahre. Frieda Emilie Kraus geb. Meier, Ehefrau, 55 Jahre alt.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Ob Sie stark oder mager sind
ob blond oder braun, ob Sie moderne Muster suchen oder etwas einfarbiges —
Burchard hat den richtigen Badeanzug für Sie. Und was es auch sei, Sie brauchen nicht viel Geld auszugeben. Ein schöner reinwollener Anzug z. B., von dem wir Dutzende in dieser Saison verkauften, kostet nur . . . Mark **2.90**
Auch alle anderen Bade-Artikel finden Sie bei 3228
Burchard

Versteigerung.
Mittwoch, 15., Donnerstag, 16., u. Freitag, 17. Juni, jew. vorm. 10 u. nachm. 2 Uhr verst. ich wegen vollständ. Auflösung des hochherrschaftlichen 8-Zimmer-Haushaltes **Schloßplatz 10 II**
Speisezimmer dunk. eiche, b. a. gr. Büfett, 2 Kredenzen, kupf. Waschtoilette, gr. Ausziehtisch für 36 Person., 6 Lederstühle, Teewagen, 2 Satztische je 3- u. 4teilig, Sofas, Etageren.
Empfangszimmer, nußbaum und eiche, b. a. Bücherschrank, Schreibtisch, Vertiko, Eckschränkchen, Säulen, Steh- und Hängelampen, Polsterstühle, Chaiselongue, 8eckiger Tisch.
3 Schlafzimmer b. a. Spiegelschränke, Waschkommode m. Marmorplatte und Spiegelaufsatz, Nachttische, Frisiertoilette.
Küche b. a. 2 Küchenschränke, Tische, Grude- u. Kohlenherd, Regale, Wäschemangeln, Fliegenschränke.
Einzelmöbel wie: ca. 10 ein- u. zweitür. Schränke, Stühle, Tisch- u. Wanduhren, Oefen, großer Treppenläufer, Linoleum, Nähmaschine, Eisschrank, Bilder, Spiegel, div. Porzellan, Speise- u. Kaffeeservice, Waschservice, Bronzen, Meißner-Rippes, Gläser, Vasen, Vorhänge, Tischwäsche, u. v. A. m. 3233
Mittwoch, 15. Juni, kommen Einzelmöbel, Porzellan und Kleinigkeiten zur Versteig.
Besichtigung ab Mittwoch, 15., tägl. v. 9—10.
Franz J. S. Schwer, Zirkel 27, Tel. 4852.

Bestecke KRATZ Waldstr. 41

Colosseum-Garten
Täglich **abends** die **großen Gartenkonzerte**
der verstärkten Hauskapelle
Eintritt frei
3242
Voranzeige: Samstag 7½ Uhr Musikverein Karlsruhe (28 Mann). Leitung E. Leonhardt

Verkauf auf Extratischen im Erdgeschoß:
Verkauf soweit Vorrat
Ist das billig?

Hauskleid Zefir mit hübscher Garnitur, Gr. 42—48
Hauskleid blau Zefir, neueste Form, Gr. 42—48
Hauskleid künstl. Waschseide prima Verarbeitung Gr. 42—48
Schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt
HERMANN TIETZ KARLSRUHE
3229

Einfamilien-Häuser
schlüsselfertig, massiv erbaut, mit Bauplatz, Straßen- u. Kanalkosten Plananfertigung und Bauleitung, zum Preise von 11 500 ℳ.
Näheres:
Bauhütte Karlsruhe Marienstraße 96 Telephon 5200. 3226

Schöne **5-Zimm.-Wohnung** Bad u. sämtl. Zubehör, eventl. mit Laden, zu **vermieten.** G1105 Anzufrag. **Adlerstr. 8,** 3. Stock, bei **Groß.**

Gut möbl. **Zimmer** mit elektr. Licht u. Badegelegenheit sofort oder später zu vermieten. Zu erfrag. unt. B1102 im Volksfreund.

Tornister
gut erhalten v. Jugendlichem zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. S 1100 an den Volksfrd.

Unübertroffen!
Mod. eich. **Schlafzimm.,** vollgesp. Schrank, 180 cm breit, mit Spiegel u. Glas nur ℳ **280.-.**
Auch Einzelabgabe
1 Schrank, 180 cm breit ℳ **130.-**
2 Bettstellen . . ℳ **70.-**
1 Waschtisch . . ℳ **60.-**
2 Nachttische . . ℳ **20.-**
Mod. eich **Bücherschrank** . nur ℳ **75.-**
Hocheleg. **Wohnzimmer,** Nußb. pol., engl. Form, m. Glasschiebetüre . . nur ℳ **360.-**
Amalienstr. 79, Hth. 3227

Parteigenossinnen und Parteigenossen!
Euere Familien-, Verkaufs- und Gesuchanzeigen gehören in den **Volksfreund**

Badisches Landestheater
Dienstag, 14. Juni
*B 28
Th.-Gem. 501—600
Neu einstudiert
Margarethe
Große Oper von Gounod
Dirigent: Krips
Regie: Prusche
Mitwirkende: Blank, Haberkorn, Seiberlich, J. Grötzinger, Nentwig, Ritschl, Schoepflin
Anfang 20 Uhr
Ende 23.15 Uhr
Preise D (0.90—5.70 ℳ). 770
Mi. 15. 6. Der Zigeunerbaron. Do. 16. 6. Die drei Musketiere. Fr. 17. 6. Schneider Wibbel. Sa. 18. 6. Das Dreimäderlhaus. So. 19. 6. Rienzi.

Bülett-Schränke **MÖBEL** aller Art verk. billig **Hischmann** Zähringerstr. 29

Tisch-Grammophon mit Platten, billig zu verkaufen. Markgrafenstraße 36, Hths. IV.

Stadtgarten
Mittwoch, 15. Juni
Von 16—18½ Uhr
Streich-Konzert 771
Philharmonisches Orchester.
Verbilligte Eintrittspr.

Zwangs-Versteigerung.
Mittwoch, 15. Juni 1932, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokal, **Herrenstr. 45 a,** gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
1 Standgrammophon, 2 Sofa, 1 Bild, 4 Büfetts, 3 Vitrinen, 3 Kredenzen, 4 Schreibtische, 2 Schreibmaschinen, 1 Schreibmaschinentisch, 1 Rolladenschrank, 13 Sudanspieße mit Schild, 1 Sattler-Nähmaschine, 1 Zuschneidemaschine, 1 Stanzmaschine, 20 m Anzugstoff, 2 Karteisäulen, 2 Standuhren, 2 Polsterstühle, 1 Warenschrank, 1 Kassenschrank, 110 m Matratzendrell, 40 Dutzend Staubtücher u. a. m. 32-0
Gruber, Gerichtsvollzieher.

Aufforderung an Vorgartenbesitzer.
Die Eigentümer von Grundstücken mit gärtnerischen Anlagen längs der Straße werden hiermit aufgefordert, Zweige, die über die Grenze hängen oder den Blick auf Verkehrsschilder verdecken, zurückzuschneiden und dauernd kurz zu halten, ferner Anpflanzungen an Ecken so niederzuhalten oder so zu lichten, daß die für den Verkehr erforderliche Uebersichtigkeit gewahrt bleibt.
Wo dieser Aufforderung nicht bis spätestens 1. Juli d. J. entsprochen sein sollte, müßte in Anwendung der städtischen Straßenpolizeiordnung Antrag auf zwangsweise Durchführung, unter Umständen auf Bestrafung gestellt werden. 773
Karlsruhe, 18 Juni 1932.
Städt. Tiefbauamt.

Gut erhaltener blauer **Kinderwagen** sehr billig zu verkaufen. **Max Eisele, Daxl.,** Pfarrstraße 23. E1103

Stark. Herrenrad sehr gut erhalten, für 20 Mark zu verkaufen. **Kriegsstr. 278,** IV. r.

Wer leiht 120.- M. gegen gute Sicherheit. Offerten unter Nr. 3223 an den Volksfreund.

Junger **Friseur** 25 J. sucht Stelle a. Volontär zur Weiterbild. Adresse zu erfrag. unter B1106 im Volksfreund.

Saubere, kinderlose **Frau** sucht Monatsstelle oder Büroreinigung in Karlsruhe od. Durlach. Angeb. unt. Nr. 3226 an den Volksfreund.

Prima **Sommer-Anzugstoff** geg. Herrenrad zu tauschen gesucht. Wilhelmstr. 59, V. Besuche vormittags. B1101

Hosen, Joppen neu u. gebr., spottbill. **Zähringerstraße 53 a II**

Haüsfrauen! Zum Salat
Citronensaft statt Essig
3225
Eine für gesundheitliche Zwecke heute sehr beliebte Form der Salat-Zubereitung ist die mit **Citrone** statt mit Essig. **Einfacher noch ist die Verwendung von reinem Citronensaft**
Der Inhalt einer 1/1 Fl. entspricht ca. **25** frischen Früchten.
Feinster garantiert reiner **Citronensaft** 1/1 Fl. **60** ₰ 1/2 Fl. **40** ₰
Preis mit Glas 10 ₰ Rückvergütung
. . . und unser Rabatt!
Pfannkuch
Pfannkuchwaren helfen sparen!

Gaggenauer Anzeigen

Badegelegenheit betr.

Das Waldseebad mit Luft und Sonnenbad im Traischbachtal ist in Betrieb.

Mit sofortiger Wirkung ist auch das Bad an der Michelbacher Straße, für das folgende Bestimmungen gelten, eröffnet.

Badegelegenheit ist an allen Tagen von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 13 bis 20 Uhr nachmittags für Erwachsene und nachmittags von 13 Uhr bis 16 Uhr zugleich für Kinder, jeweils getrennt nach Geschlecht, und zwar Montags, Mittwochs und Freitags für weibliche Personen und Dienstags, Donnerstags, Samstags und Sonntags für männliche Personen.

Die Eintrittspreise sind dieselben wie im Waldseebad.

Mütterberatungsstunde.

Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, den 15. ds. Mts. nachmittags von 2 bis 3 Uhr, im Rathaus (Bürgersaal) der Stadtgemeinde Gaggenau statt.

Die Ausgabe von Fleischgutscheinen betr.

Am Mittwoch, den 15. ds. Mts., vormittags zwischen 10 und 12 Uhr, erfolgt die Ausgabe von Fleischgutscheinen auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8. Zum Bezug derselben sind nur berechtigt:

1. Hauptunterstützungsempfänger der Fürsorgestelle Gaggenau, sowie die Fürsorgearbeiter,
2. Zusatzrentenempfänger, welche ausschließlich von der Militär- und Zusatzrente ihren Lebensunterhalt zu bestreiten haben.

Kurzarbeiter sowie sonstige Hilfsbedürftige können bei der Ausgabe auf Grund der bestehenden Bestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Gaggenau, den 13. Juni 1932. 774

Der Bürgermeister: Schneider.

Ettlinger Anzeigen

Es wird des öfteren die Wahrnehmung gemacht, daß Hausbesitzer in ihren Wohnhäusern Wohnungen an Auswärtige vermieten, ohne sich über die Verhältnisse der neuen Mieter genau zu unterrichten, insbesondere auch darüber, ob dieselben in der Lage sind, ihren Mietzinsverpflichtungen auf die Dauer nachzukommen. In vielen Fällen hat sich gezeigt, daß die zugezogenen Mieter die Miete nicht bezahlen konnten und die Hausbesitzer alsdann das Mietverhältnis kündigen oder bei der städt. Fürsorge die Gewährung von Mietbeihilfe in Anspruch nehmen mußten. Da gerade durch solche Zuzüge von auswärts die städt. Fürsorge in steigendem Maße belastet wird und der hierdurch entstehende Aufwand nicht zuletzt aus der Gemeinde-Umlage zu decken ist, muß der Hausbesitzer als Umlagezahler ein besonderes Interesse daran haben, daß die Zuzüge solcher Familien von auswärts soweit als möglich unterbleiben; der Hausbesitzer wird sich daher, um sich vor Schaden zu bewahren, der Verpflichtung nicht entziehen können, sich vor der Vermietung von Wohnungen an auswärtige Familien und vor Abschluß eines Mietvertrags über die Verhältnisse der zuziehenden Mieter, soweit diese nicht ohne weiteres als gut bekannt sind, evtl. durch Vermittlung des Bürgermeisteramts hier zunächst genaue und zuverlässige Auskunft einzuholen. **Die Stadtgemeinde muß künftighin Anträge auf Uebernahme von Mietbeihilfen auf die städt. Fürsorge in Fällen, bei denen diese Vorsichtsmaßregeln bei der Vermietung außeracht gelassen wurden, ablehnen und es dem Hausbesitzer überlassen, die Folgen der Nichtbeachtung dieser Anregung selbst zu tragen.** 772

Ettlingen, den 10. Juni 1932.

Gemeinderat — Der Bürgermeister.